

Jahresberichte 2024–2026

«Der Einsatz hat sich gelohnt: Unsere Regierungsratskandidatin und unser Regierungsratskandidat wurden beide gewählt, und wir konnten bei den Kantonsratswahlen einen Sitz hinzugewinnen. [...] All das war nur möglich dank des enormen Einsatzes von euch allen. Dafür sagen wir von Herzen: Danke!

Angela Petiti & Hardy Jäggi, Co-Präsidium SP, Jahresrückblick 2025



Jubel bei der Ankunft am Wahln für den 2. Regierungsrats-Wahlgang
Foto: Gerd Müller

April 2026

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Co-Präsidiums.....	3
Fachausschuss Gesundheit und Soziales.....	6
Fachausschuss Energie und Umwelt	8
Fachausschuss Justiz und Polizei.....	9
Fachausschuss Migration und Integration.....	10
Fachausschuss Bildung.....	11
Fachausschuss Finanzen und Wirtschaft.....	12
Fachausschuss «Bau, Raumplanung und Verkehr».....	13
Beschwerde- und Schiedskommission.....	14
Bericht der SP Migrant:innen Kt. Solothurn	14
Bericht der SP Frauen Kt. Solothurn.....	16
Bericht der Kantonsratsfraktion	18
Personelles	30
Fraktionsmitglieder	30
Fraktionsvorstand.....	31
Vertretungen in den kantonsrätlichen Kommissionen (Stand 1. März 2026)	32
Vertretungen in weiteren Gremien (durch Fraktion nominiert).....	33
Präsidien	33
Fraktionsanlässe.....	34
Fraktionssitzungen.....	34
Fraktionsseminare.....	34
Fraktionsausflüge.....	35
Angestelltenapéro	36
Dank.....	36
Bericht aus dem Regierungsrat	37
Regierungsrätin Susanne Schaffner, Vorsteherin Departement des Innern.....	37
Regierungsrat Mathias Stricker, Vorsteher Departement für Bildung, Kultur und Sport	43
Bericht aus dem Nationalrat	47
Bericht aus dem Ständerat.....	53
Bericht des Wahlausschusses.....	57
Bericht des Parteisekretariats.....	59
Mindestlohn-Initiative	61
Mitgliederentwicklung	63
Medienmitteilungen	63
Parteitage	63
Anlässe	64
Aktuell aus Bern mit Franziska Roth und Farah Romy.....	64
Willi Ritschard Bildungswerkstatt (WRB).....	65
HESO/MIO.....	66
Geschäftsleitung.....	67
Vernehmlassungen.....	68
Weitere Infos.....	69

Bericht des Co-Präsidiums

Angela Petiti, Co-Präsidentin SP Kt. Solothurn

Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kt. Solothurn

Zahlreiche Gespräche, mehr Medienmitteilungen als sonst, Streitgespräche, Mindestlohn-Initiative und kantonale Wahlen – unser Zweijahresbericht

Im Mai 2024 war der Start des neuen Co-Präsidiums und unserer Zusammenarbeit. Nadine Vögeli wurde als bisherige Co-Präsidentin verabschiedet, Angela neu zusammen mit Hardy ins Co-Präsidium gewählt.

Der Start war steil, denn wir waren bereits mitten im Abstimmungskampf zur Prämien-Entlastungsinitiative und weiteren anstehenden Vorlagen. Wir konnten noch gar nicht gross unsere Planung in Angriff nehmen, denn es ging direkt los mit den Vorbereitungen für den Abstimmungskampf zu unserer Volksinitiative für einen kantonalen Mindestlohn.

Mit dieser Initiative setzten wir ein starkes Zeichen. Endlich gelang es, dass im Kanton Solothurn über Lohn- und Arbeitsbedingungen gesprochen wurde und Menschen eine Stimme erhielten, die nicht viel für ihre Arbeit verdienen.

Eines war dabei besonders spürbar: Der riesige gemeinsame Einsatz der ganzen SP Kanton Solothurn!

Auch wenn unsere Initiative nicht angenommen wurde, haben wir gezeigt, wie wir für einen Kanton Solothurn kämpfen können, der für alle ein Stück besser ist.

Für die Zukunft gilt es, bei den Themen Arbeitsbedingungen und Lohn im Kanton Solothurn dran zu bleiben, denn auch wenn wir es geschafft haben, dass man endlich darüber spricht, wurde kein Arbeitgeber dazu verpflichtet, tatsächlich etwas am Lohn für seine Angestellten zu ändern. Hier hat man gemerkt: Nach einer aktuellen Diskussion geht es schnell, bis etwas wieder versandet. Das darf eigentlich nicht passieren.

Kurz auf die Mindestlohn-Abstimmung folgten die kantonalen Wahlen – mit vielen engagierten Mitgliedern, die sich mit Herzblut eingebracht haben, zahlreichen Gesprächen, die auf der Strasse geführt wurden, und vielen «geklopften Jassen» mit unseren Regierungsratskandidierenden. Der Einsatz hat sich gelohnt – die SP feierte einen grossen Erfolg: Susanne Schaffner und Mathias Stricker wurden beide in die Regierung gewählt, und wir konnten bei den Kantonsratswahlen einen Sitz hinzugewinnen. Die Wahlphase war intensiv, aber auch schön.

Zudem haben viele Sektionen erfolgreiche Wahlkämpfe in ihren Gemeinden geführt. All das war nur möglich dank des enormen Einsatzes von euch allen.

Dafür sagen wir von Herzen: Danke!

Es folgten mehrere kantonale Abstimmungsvorlagen, die hart – und mit Falschaussagen – bekämpft wurden. Der Ton wurde nochmals schärfer und auch der Stil hat sich verändert. Gerade in den letzten zwei Jahren konnten wir kaum noch einen «gewohnten» Abstimmungskampf führen. Wir mussten vielmehr auf aggressive Behauptungen, Lügen und Diskreditierungen reagieren.

Das ist aufreibend und geht immer auf Kosten der eigentlichen Sache. Im Kanton Solothurn wurde nicht mehr über Inhalte diskutiert, sondern geschrien, hetzerisch und mit falschen Behauptungen. So haben auch wir immer wieder Zeit dafür gebraucht, um Tatsachenwidriges in Medienmitteilungen richtigzustellen und uns zu wehren.

Abstimmungskampagnen wie die zum Kita-Gesetz oder zum Bahnhof Süd waren – trotz der guten internen Zusammenarbeit – anstrengend zu führen, und die Auswirkungen des Neins zu den Vorlagen werden wir noch spüren (tun wir ja jetzt bereits).

Umso erfreulicher ist, dass gerade im Januar 2026 wichtige nationale und kantonale Vorlagen durchgekommen sind. Das Ja zur kantonalen Familienzulagenerhöhung gibt Hoffnung, dass im Kanton Solothurn generationenübergreifende Solidarität da ist.

Letztes Jahr beschäftigte uns zudem die Kündigung des GAV. In der Fraktion wurden diejenigen gewählt, die uns in der Spezialkommission vertreten. Wir haben uns mit den Gewerkschaften getroffen. Es wurde schnell klar, dass wir im Moment abwarten müssen, bis die ersten Schritte in der Spezialkommission getan sind.

Es ist für uns zentral, dass in der Kommission nun wenigstens der erste Entscheid getroffen wurde: dass die Begleitgruppe «Arbeitnehmende» mit zehn Vertretungen eingesetzt und dass der geltende GAV bis 2030 weitergeführt wird. Je nachdem, wie sich die Dinge entwickeln, müssen wir uns bereithalten.

Auch in nächster Zeit wird es nicht ruhiger, denn im Juni geht es weiter mit der Chaos-Initiative der SVP, die es mit aller Kraft zu bekämpfen gilt, und mit der Änderung des Zivildienstgesetzes. Auch stehen schon bald die nationalen Wahlen vor der Tür.

Wir danken der gesamten Geschäftsleitung für die sehr gute Zusammenarbeit und vor allem das konstruktive Mitdenken und die zielführenden Diskussionen an den Geschäftsleitungssitzungen.

Unseren beiden Sekretären gebührt ebenso ein grosser Dank. Sie leisten riesige Arbeit und stehen immer bereit, um die Partei weiterzubringen.

Lasst uns in diesem Jahr noch näher zusammenstehen, an unseren gemeinsamen Ideen und Haltungen festhalten, Gegensteuer geben gegen Hass und Hetze und weiterkämpfen für einen sozialen, einen besseren Kanton Solothurn für alle!

Wir zählen auf euch. Gemeinsam wollen wir den Kanton gestalten, nicht von oben herab, sondern im Gespräch mit den Menschen.

Fachausschuss Gesundheit und Soziales

John Steggerda, Präsident

Für Würde, Gerechtigkeit und Solidarität – der Fachausschuss Gesundheit und Soziales im Einsatz

Soziale Gerechtigkeit ist kein Schlagwort. Sie ist ein Versprechen. Ein Versprechen an alle Menschen, dass sie zählen. Dass ihre Würde unantastbar ist. Dass sie nicht am Rand stehen, sondern mitten in unserer Gesellschaft.

Der Fachausschuss Gesundheit und Soziales der SP Solothurn macht dieses Versprechen mit Überzeugung zu seiner Richtschnur. Denn soziale Gerechtigkeit beginnt bei der zentralen Frage unserer Zeit: Wer profitiert vom gemeinsam erarbeiteten Mehrwert? Während Vermögen wachsen, kämpfen immer mehr Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten, unsicheren Arbeitsverhältnissen und hohen Mieten. Gerechtigkeit heisst, diesen Entwicklungen nicht tatenlos zuzusehen – sondern politisch zu handeln.

Im Jahr 2025 hat sich der Fachausschuss an zwei intensiven Sitzungen mit zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen befasst. Dabei blieb es nicht bei Diskussionen. Die Mitglieder brachten ihr Fachwissen in vier bedeutende Vernehmlassungen ein und prägten diese mit klarer sozialdemokratischer Haltung.

Selbstbestimmung bis zuletzt

Bei der Änderung des Pflegegesetzes setzte sich die SP mit Nachdruck dafür ein, dass Alters- und Pflegeheime Sterbehilfe zulassen müssen. Selbstbestimmung darf nicht an der Heimtüre enden. Wer sein Leben eigenständig gestalten durfte, will auch über dessen Ende selbst entscheiden können. Menschenwürde gilt bis zum letzten Atemzug.

Rechtsstaatlichkeit im Kindes- und Erwachsenenschutz

Geplante Anpassungen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes sollen Abläufe vereinfachen und die KESB entlasten. Für die SP ist

dabei klar: Effizienz darf nicht zulasten der Grundrechte gehen. Freiheits-einschränkende Massnahmen brauchen klare gesetzliche Leitplanken und eine sorgfältige rechtliche Begleitung. Schutz darf nie zur Bevormundung werden.

Selbstbestimmt leben mit Behinderung

Ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ist kein Privileg, sondern ein Recht. Die erweiterte Angebotsplanung für Menschen mit Behinderungen stärkt ambulante Unterstützungsformen und fördert Autonomie. Diese Entwicklung begrüsst die SP ausdrücklich. Inklusion bedeutet, Strukturen so zu gestalten, dass alle Menschen teilhaben können.

Bezahlbares Wohnen für alle

Hohe Mieten belasten viele Haushalte – besonders in den Städten des Kantons Solothurn. Wohnraum ist ein Grundbedürfnis, kein Spekulationsobjekt. Die SP unterstützt deshalb die Einführung einer Formularpflicht bei Mietverträgen, um intransparente und missbräuchliche Mietzinserhöhungen einzudämmen. Wer arbeitet, erzieht, pflegt, sich engagiert, soll sich das Leben im Kanton auch leisten können.

Soziale Gerechtigkeit hat viele Gesichter: das der betagten Person im Pflegeheim, das der Familie mit knappem Budget, das des Menschen mit Behinderung, das des Kindes, das Schutz braucht. Ihnen allen eine Stimme zu geben, ist Auftrag und Verantwortung zugleich.

Der Fachausschuss Gesundheit und Soziales zeigt: Veränderung beginnt mit Engagement. Mit Fachwissen. Mit klarer Haltung. Und mit Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Ein grosser Dank gilt allen Mitgliedern für ihre engagierte, solidarische und vorausschauende Arbeit. Gemeinsam setzen wir uns weiter ein – für einen sozial gerechteren, menschlicheren und solidarischen Kanton Solothurn.

Mitglieder Fachausschuss:

Melina Aletti, Ida Maria Boos Waldner, Sandra Fluri, Pierric Gärtner, Bea Heim, Hardy Jäggi, **John Steggerda (Präsident)**, Stephanie Zinder, David Kummer, Stefan Armenti, Nadine Vögeli, Bettina Widmer, Severin Brunner.

Fachausschuss Energie und Umwelt

Marianne Wyss-Jäggi, Präsidentin

Als ich vor 2 Jahren den letzten Jahresbericht verfasste, war zuvor das Klimaschutz-Gesetz, für das sich auch die SP Solothurn starkmachte, angenommen worden. Das stimmte uns enorm positiv und wir waren guter Dinge, dass das Energiegesetz des Kantons Solothurn die nötige Revision erfahren würde. Aber dem war gar nicht so, die Solothurner Stimmbürger erteilte der Revision eine Abfuhr: Am 09.02.2025 sprachen sich 58 Prozent der Stimmenden gegen das neue Gesetz aus.

Es war nach 2018 das zweite Nein zu einer Revision des kantonalen Energiegesetzes. Die Vorlage wurde als moderat bezeichnet. Im Solothurner Parlament war die Rede vom «Kompromiss des Kompromisses». Alle Parteien ausser der SVP waren für das revidierte Energiegesetz. Die SVP hatte das Referendum ergriffen und ging als Siegerin hervor. Das Nein war eine schmerzliche Niederlage für Regierung und Parlament.

Dabei ist Solothurn das Schweizer Schlusslicht: Nun ist unser Kanton der letzte ohne «modernes» Energiegesetz. Das geltende Gesetz stammt von 1991. In einem Reporting des Kantons von 2022 heisst es: «In keinem anderen Kanton sind die CO₂-Emissionen pro Fläche und pro Kopf so hoch wie im Kanton Solothurn.» Ein wahrer Scherbenhaufen also: Wie bloss soll es weitergehen? Das war die grosse Frage an zwei

Sitzungen des Fachausschusses. Aber es ist nicht einfach: Obwohl weiterhin von zentraler Bedeutung, ist das Thema «Energie» aktuell ein sehr schwieriges Feld. Die Regierung wartet ab und macht politisch nichts. Die Vorstösse der Grünen hatten politisch keine Chance. Für das Gewerbe sind die unterschiedlichen Vorschriften besonders schwierig, es bräuchte eine Harmonisierung der Vorschriften im Energiebereich. Wir bleiben dran, Ideen sind gefragt, um den Kanton wieder auf Kurs zu bringen. Wir suchen weitere Mitglieder für den Fachausschuss Energie und Umwelt.

Ich danke an dieser Stelle Markus Ammann, zusammen werden wir fortan in einer Co-Leitung diesen Fachausschuss leiten. Denn Energie- und Umweltpolitik sind wichtig, wenn nicht gar das Wichtigste: Ohne Energie und Umwelt geht gar nichts!

Mitglieder Fachausschuss:

Urs Huber, Matthias Racine, Silvia Fröhlicher, **Markus Ammann (Co-Präsident)**, Matthias Anderegg, **Marianne Wyss (Co-Präsidentin)**, Philipp Hadorn, Philipp Heri, Fabian Müller, Martin Bügler, Christoph Bläsi, Roger Spichiger, Cemal Ceylan, Luc Nünlist, Sandra Morstein

Fachausschuss Justiz und Polizei

Aline Leimann, Präsidentin

Der Fachausschuss Justiz und Polizei erarbeitete in der Berichtsperiode mehrere Vernehmlassungsantworten zu komplexen Themen. Insbesondere die umfangreiche Revision des InfoDG führte zu zwei separaten Sitzungen. Die SP verdankt den Einsatz aller Mitglieder, die ihr Fachwissen in den FA einbringen, ohne welches die Kantonalpartei bei mehreren Themen aufgeschmissen gewesen wäre.

Abgeschlossene Vernehmlassungen:

- Vernehmlassung zur Anpassung bei der Zustellung von Verfügungen und Entscheiden
- Vernehmlassung Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes (InfoDG)
- Vernehmlassung Aufhebung Stimmrechtsausschluss, Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen

Mitglieder Fachausschuss:

Urs Huber, Matthias Racine, Herbert Bracher, Christian Winiger, Thomas Flückiger, Ronny Rickli, Amanda Wittwer, Nadine Vögeli, **Aline Leimann (Präsidentin)**, Patrick Thomann, Stefanie Ingold, Lea Gerber, Jonathan Hadorn

Fachausschuss Migration und Integration

Niels Kruse, Sekretariat SP

Nachdem im Sommer 2024 eine Gruppe «Asyl und Migration» mit mehreren Mitgliedern und Vertreter:innen aus Fraktion, Jungparteien und SP Migrant:innen gebildet werden konnte, tagt diese Gruppe regelmässig mit dem Ziel, ein Positionspapier zum Thema Migration und Integration zu verfassen. Nach dem Abschluss der Arbeiten soll die Gruppe als Fachausschuss Migration und Integration weitergeführt werden.

Mitglieder der Gruppe «Asyl und Migration»

Laura Ivanova (Vertretung JUSO), Luzia Stocker, Sutha Ganapathipillai (Vertretung SP Migrant:innen), Angela Petiti (Vertretung Präsidium), Niels Kruse (Sekretariat), Cedrick Milamba Tshimbadi, Elea Döbeli (Vertretung Junge SP Region Olten)

Fachausschuss Bildung

Urs von Lerber, Präsident

Der Fachausschuss hat sich an vier Sitzungen mit folgenden Bildungsthemen befasst:

- Sparmassnahmen Kanton
- Standort PH FHNW und Kantonsschule Solothurn
- Chancengerechtigkeit im Zusammenhang mit «bring your own device» auf Sek 2
- Freie, öffentlich zugängliche Lernplätze
- Spätere Schulbeginnzeiten Sek 1, Sek 2
- Umsetzung Musik-Verfassungsartikel 67a
- Maturitätsreform, insbesondere Schwerpunkte
- 3 Jahre Sek P
- Sprachenerwerb und immersiver Unterricht

Intensiv befasst hat sich der Fachausschuss mit dem Sparpaket des Kantons. Alle Massnahmen aus dem Departement Bildung und Kultur liegen in der Kompetenz des Regierungsrates. Für den Fachausschuss ist die Massnahme «Revision Angebotsplanung kantonale Spezialangebote 2026-2029» der wichtigste, kritischste und unverständlichste Punkt. Die SP soll sich hier für den Verzicht auf diese Massnahme einsetzen.

Auch die Massnahme bezüglich «Pädagogischer ICT-Support PICTS» ist völlig unverständlich und läuft dem allgemeinen Trend entgegen.

Zudem wurde die Wahl von Mathias Stricker in den Regierungsrat gewürdigt. Er wird auf Anfrage dabei sein, jedoch nicht mehr als Mitglied des Fachausschusses.

Mitglieder Fachausschuss:

Urs von Lerber (Präsident), Silvia Fröhlicher, Nele Hölzer, Marianne Wyss-Jäggi, Nicole Wyss, Beatrice Widmer-Strähl, Bettina Widmer, Leo Valentin Hug, Nicole Schüpbach

Fachausschuss Finanzen und Wirtschaft

Simon Bürki-Kopp, Präsident

In den beiden vergangenen Jahren befasste sich der Fachausschuss Wirtschaft und Finanzen ausschliesslich mit der Stellungnahme zum Vernehmlassungsentwurf der «Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern 2024 und 2025». Dazu wurde eine sehr umfassende Stellungnahme verfasst.

Die Vorlage bezweckte in erster Linie, geändertes Bundesrecht, d. h. Vorgaben des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, im kantonalen Steuerrecht umzusetzen.

Die SP verlangte mehr Steuergerechtigkeit: faire Steuerbelastung für ALLE nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Bundesverfassung). Die SP will ein gerechtes Steuersystem, das die Schere zwischen Arm und Reich verkleinert. Neue Steuerprivilegien sind zu bekämpfen und Steuerabzüge generell zu minimieren.

Grösstenteils war die Vorlage unbestritten. Der Hauptkritikpunkt der SP war die Erhöhung des Abzugs für Versicherungsprämien (FDP-Auftrag). So führt bereits eine kleine Erhöhung zu deutlichen Steuerausfällen beim Kanton von rund 5 Mio. sowie von rund 5,6 Mio. Franken bei den Gemeinden.

Durch die volle Abzugsfähigkeit «nur» schon der durchschnittlichen Prämie in der Grundversicherung summieren sich die Steuerausfälle auf völlig verantwortungslose 80 Mio. beim Kanton und 90 Mio. Franken bei den Gemeinden. Weitere abzugsfähige Versicherungen sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Die SP lehnte daher grundsätzlich jede Erhöhung des Versicherungsabzugs in der Vernehmlassung ab und begründete dies sehr ausführlich.

Mitglieder Fachausschuss:

Markus Ammann, Andreas Bühlmann, **Simon Bürki (Präsident)**, Philipp Hadorn, Roberto Zanetti, Karin Kälin Neuner-Jehle, Remo Bill, John Steggerda

Fachausschuss «Bau, Raumplanung und Verkehr»

Sandra Morstein, Präsidentin

Der Fachausschuss Bau, Raumplanung und Verkehr hat sich im Berichtszeitraum insbesondere mit den in den relevanten Bereichen laufenden Vernehmlassungen befasst. Zudem wurden mögliche Vorstösse auf kantonalen Ebene diskutiert. Zu einzelnen Sitzungen waren Gäste eingeladen.

Bei den Vernehmlassungen standen wichtige Themen an. Der Fachausschuss behandelte die Stellungnahmen zu:

1. Änderung des Gesetzes über den Ausgleich raumplanungsbedingter Vor- und Nachteile (Planungsausgleichsgesetz, PAG)
2. Totalrevision des Gesetzes über die Motorfahrzeug- und Schiffssteuer, Änderung des Gebührentarifs
3. Totalrevision Waldgesetz

Insbesondere zur Totalrevision des Waldgesetzes gab es grossen Diskussionsbedarf, denn es galt, eine Interessenabwägung vorzunehmen und einen Kompromiss mit Blick auf die unterschiedlichen Waldfunktionen wie auch die Interessen- und Nutzengruppen zu finden.

Insbesondere das vorgesehene Fahrverbot im Wald polarisierte. Zur Sitzung eingeladen waren deshalb neben der IG Mountainbike auch Fachleute in Sachen Orientierungslauf und Wandern sowie der Fachausschuss Energie und Umwelt. In einer engagierten und konstruktiven

Diskussion konnte ein Kompromiss für die Stellungnahme gefunden werden.

Mitglieder Fachausschuss:

Matthias Anderegg, Philipp Heri, Hary Jäggi, Roger Spichiger, Karin Kälin Neuner-Jehlen, Remo Bill, Nicolas Erzer, Luc Nünlist, **Sandra Morstein (Präsidentin)**, Stefanie Ingold, Celine Richter

Beschwerde- und Schiedskommission

Die Beschwerde- und Schiedskommission musste sich in den Berichtsjahren mit keinen Konfliktsituationen auseinandersetzen.

Mitglieder: Christine Bigolin, Daniel Kiefer, Evelyn Borer

Bericht der SP Migrant:innen Kt. Solothurn

Sutha Ganapathipillai, Co-Präsident SP Migrant:innen

Rückblick und politische Entwicklung

Die SP Migrant:innen blickt auf politisch intensive und erfolgreiche Jahre zurück.

Bei den Nationalratswahlen 2023 engagierte sich unsere Sektion aktiv für eine stärkere politische Sichtbarkeit von Menschen mit einer Migrationsgeschichte und unterstützte die Kandidatur von **Farah Rummy**, die heute als Nationalrätin im eidgenössischen Parlament Verantwortung trägt.

Im Herbst 2024 bezogen wir klar Stellung gegen pauschale und rechtsstaatlich problematische Forderungen der FDP im Asylbereich. Die SP

Migrant:innen setzte ein deutliches Zeichen für Rechtsstaatlichkeit, Prävention und Integration.

Deutlicher Stimmenzuwachs bei den Wahlen 2025

Im Rahmen der Kantons- und Regierungsratswahlen 2025 engagierten sich zahlreiche Mitglieder der SP Migrant:innen Kanton Solothurn in verschiedenen Bezirken.

Das Resultat ist klar:

- Starke Mobilisierung in verschiedenen Bezirken des Kantons
- Deutlich mehr Stimmen für SP-Kandidaturen
- Sichtbarer politischer Einfluss migrantischer Communitys

Diese Entwicklung zeigt, dass die kontinuierliche Aufbauarbeit der letzten Jahre Wirkung entfaltet. Migrantische Perspektiven sind im Kanton Solothurn politisch zunehmend verankert und gewinnen an Unterstützung.

Die SP Migrant:innen arbeitete dabei eng mit der SP Kanton Solothurn zusammen und stärkte die Vernetzung innerhalb der Kantonalpartei.

Ausblick

Die SP Migrant:innen Kanton Solothurn wird ihre Rolle als Brücke zwischen Communitys und Partei weiter ausbauen.

Der Fokus bleibt auf:

- politischer Teilhabe
- Integration und Prävention
- Stärkung der demokratischen Kultur
- Bekämpfung von Diskriminierung

Die deutlichen Stimmengewinne 2025 zeigen: Engagement wirkt. Vielfalt ist eine demokratische Stärke – auch im Kanton Solothurn.

Bericht der SP Frauen Kt. Solothurn

Kerstin Bütschi und Nicole Schüpbach, Co-Präsidium

Die SP Frauen Kanton Solothurn blickt auf ein intensives und politisch bewegtes Jahr 2025 zurück. Am 7. Januar 2025 starteten wir mit einer Neugründungsveranstaltung. Unsere Botschaft war klar: Wir sind da und wir bleiben.

2025 war ein erfolgreiches Wahljahr für die SP-Frauen: 53 Frauen kandidierten auf den Listen der SP und der jungen SP, und zehn von ihnen vertreten heute unsere Anliegen im Kantonsrat. Am 13. April 2025 wurde zudem Susanne Schaffner als Regierungsrätin wiedergewählt. 2026 präsidiert sie als Frau Landammann den Regierungsrat. Auch die Gemeinderatswahlen von Frühling bis Herbst waren geprägt vom starken Engagement zahlreicher SP-Frauen in den Gemeinden. Besonders gefreut hat uns die Wahl von Aline Leimann zur ersten Gemeindepräsidentin von Lutembach. Zum Jahresende freuten wir uns mit Nationalrätin Farah Rummy über ihre Wahl als 2. Vizepräsidentin des Nationalrats.

Das Jahr war auch durch starke öffentliche Präsenz geprägt. Am 8. März 2025, dem internationalen feministischen Kampftag, waren wir in Olten mit Kreideaktionen, Reden und Gesprächen sichtbar. Am 14. Juni 2025 beteiligten wir uns in Olten und Solothurn am feministischen Streiktag. Rund 250 Menschen gingen mit uns auf die Strasse. Ohne das Engagement der SP-Frauen hätte es im Kanton Solothurn keinen Anlass in dieser Form gegeben. Mit dem Laternenumzug vom 28. November 2025 beteiligten wir uns an der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» und setzten ein sichtbares Zeichen gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Nicht alle Entscheidungen – etwa die zu Mindestlohn und Kita-Gesetz – fielen in unserem Sinne aus, was Frauen und Familien besonders hart treffen wird. Vereinbarkeit, bezahlbare Kinderbetreuung und die Anerkennung von Care-Arbeit bleiben zentrale Anliegen. Feministische Politik braucht Ausdauer – Diskussionen sind anstrengend, aber notwendig. Wir sind sichtbar. Und es braucht uns.

Am 8. Januar 2026 fand unsere erste Jahresversammlung nach der Neugründung statt, bei der die Historikerin und SP-Politikerin Edith Hiltbrunner (Olten) nach dem statutarischen Teil eindrücklich aufzeigte, warum Frauen in der Geschichtsschreibung oft fehlen – so wie etwa die Solothurner Polit-Pionierin Katharina Muff –, und deutlich machte, dass diese Unsichtbarkeit politisch ist und bis heute nachwirkt.

Unser Dank gilt allen Genossinnen und Mitstreiterinnen, die sich mit grossem Engagement für Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Gemeinsam arbeiten wir weiter an einem feministischen Morgen für den Kanton Solothurn.

Bericht der Kantonsratsfraktion

Markus Ammann, Präsident der Fraktion SP/junge SP bis März 2025

Melina Aletti & Silvia Fröhlicher, Co-Präsidium der Fraktion SP/junge SP ab April 2025

Innensichten – die Periode 02/2024 bis 03/2025

Ein guter Teil des Jahres 2024 darf als eher ruhig bezeichnet werden. Diese kleine Verschnaufpause bedeutete aber nicht, dass keine Geschäfte zu behandeln waren, sondern zeigte vielmehr, dass allein der ordentliche «legislative Betrieb» eines Kantons bereits zu einer stattlichen Grundauslastung für die Miliz-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier führt.

Denn es waren trotzdem pro Session 2 bis 3 Rechtsgeschäfte, 5 bis 6 Sachgeschäfte, rund 10 Aufträge und 5 Interpellationen zu behandeln. Ergänzend dazu war im Durchschnitt 1 Volksinitiative oder 1 Volksauftrag zu diskutieren. Die Verwaltung beantwortete zudem 7 bis 8 kleine Anfragen pro Session.

Ob Zufall oder nicht, eine ganze Reihe von Geschäften drehte sich denn auch um innere Angelegenheiten des Kantonsrats, um das Verhältnis zwischen den Gewalten oder um die Organisation des Staates. Dies umfasste Fragen der Listenverbindungen, der Stimm- und Wahlregeln, Abgrenzungsfragen zwischen Regierung und Kantonsrat oder auch Stellvertreterregelungen im Kantonsrat. In der wichtigsten kantonalen Abstimmung des Jahres 2024 ging es um die 1:85-Initiative der FDP. Diese wollte den Personalbestand der kantonalen Verwaltung in einem starren Verhältnis an das Bevölkerungswachstum koppeln. Glücklicherweise folgte das Volk der deutlichen Mehrheit des Kantonsrates und lehnte die Initiative letztlich mit grosser Mehrheit sowohl der Gemeinden als auch gesamthaft ab.

Der Kantonsrat selbst bzw. seine parlamentarischen Dienste arbeiteten mit Hochdruck an der Modernisierung der technischen Infrastruktur, mit

dem klaren Ziel, die neue Legislatur medienbruchfrei und vollelektronisch in Angriff zu nehmen. 2025 startete der neugewählte Kantonsrat in der Tat mit einem neuen Ratsinformationssystem, so dass für den gesamten Ratsbetrieb, aber auch für interessierte Aussenstehende ein neues Zeitalter begann.

Die wiederkehrenden Diskussionen um eine winterliche Strommangel-lage, die erstmals vor allem durch den lange anhaltenden Ausfall französischer AKW im Jahr 2022 ausgelöst wurden, mögen dazu beigetragen haben, dass diverse Vorstösse zu erleichterten Bewilligungsverfahren für Solaranlagen den Kantonsrat locker passierten. Andererseits keimte die Hoffnung auf, dass ein ausserparlamentarischer Kompromiss nun endlich das schon seit vielen Jahren veraltete Energiegesetz des Kantons auf Vordermann bringen könnte. Im Kantonsrat war das Gesetzesprojekt mit Ausnahme von rechtsbürgerlichen Kreisen bzw. Hauseigentümer-Vertretern unbestritten. Doch die unfaire und rückwärtsgewandte Kampagne des HEV brachte betrüblicherweise die Revision zu Fall. Damit gilt im Kanton Solothurn weiter ein uraltes Energiegesetz, das weder dem Klimaschutz noch der Energieeffizienz, noch der nachhaltigen Produktion von Energie gebührend Rechnung trägt. Damit darf sich der Kanton «rühmen», weiterhin das wohl schlechteste und am wenigsten zeitgemässe Energiegesetz der ganzen Schweiz zu haben. Und damit unverändert den grössten CO₂-Ausstoss pro Quadratmeter Gebäudefläche.

Massnahmenplänen kann man manchmal durchaus einen gewissen Nutzen zusprechen. Budgets werden quer durch alle Ausgabenposten grundsätzlich hinterfragt, Überflüssiges oder Überholtes wird bestenfalls erkannt und korrigiert. In einem gut aufgestellten und seriös geführten Kanton verbleibt allerdings oft wenig Sparpotenzial. Dies animiert bürgerliche Politiker, ohne Rücksicht auf möglichen langfristigen Schaden den Rotstift anzusetzen, um doch noch ein vorzeigbares Resultat zu erreichen. Wenn einem gar nichts mehr einfällt, kürzt man halt beim Staatspersonal – so geschehen mit dem Massnahmenplan 2024. Frustrierend daran ist, dass der Ruf nach einem Massnahmenplan oft mehr politisch als sachlich motiviert ist. Praktisch jedes Jahr wurde (und wird wohl auch in Zukunft) vom rechten politischen Spektrum vor schlechten

Rechnungsabschlüssen und zunehmender Verschuldung gewarnt. Tendenziell negative Voranschläge machen es den Kritikern entsprechend leicht. Die effektiven Zahlen aber strafen die Rufe nach Abbaumassnahmen Lügen. Zwischen 2013 und 2024 wurde 9x ein negativer Voranschlag präsentiert, 3x ein minim positiver. Die Rechnungen schlossen allerdings nur 6x negativ ab, in vier Fällen im (oft tiefen) einstelligen Millionenbereich. Im Durchschnitt der letzten 12 Jahre lag der Rechnungsabschluss bei über 30 Millionen Franken im Plus. Entsprechendes gilt auch für den Schuldenstand. Das gesteckte Ziel einer maximalen Verschuldung von 4000 CHF pro Kopf war nach der Ausfinanzierung der Pensionskasse mit einem Betrag von über 1 Mrd. Franken vor 10 Jahren vorübergehend nicht mehr haltbar. Der Kanton hat seither den Schuldenstand aber kontinuierlich (und ohne Massnahmenplan) reduzieren können; die Verschuldung liegt seit 2022 bereits wieder unter 3500 CHF pro Kopf. Ein weiteres Indiz für die kaum desolante Finanzlage des Kantons und also rein politisch motivierte Massnahmenplan-Forderungen ist das Kreditrating von S&P, das der Kanton regelmässig veranlasst: Nach mehreren Jahren mit dem zweithöchsten Rating (AA+) wurde der Kanton 2024 auf das bestmögliche Rating AAA aufgestuft. Dies zeigt, dass gerade im Bereich der sozialen Unterstützungen (Prämienverbilligung, Familienzulagen etc.) durchaus mehr Spielraum vorhanden wäre.

Zu guter Letzt: Mein Wunsch, vor Legislaturende als Fraktionspräsident zurückzutreten, wurde von der Fraktion geflissentlich ignoriert. Dennoch ging er insofern in Erfüllung, als sich rechtzeitig eine geordnete Übergabe des Fraktionspräsidiums abzeichnete: Die Fraktion durfte Silvia Fröhlicher und Melina Aletti als designiertes Co-Fraktionspräsidium noch während der alten Legislatur wählen. Für die Bereitschaft, sich dieser Aufgabe gemeinsam anzunehmen, danke ich den beiden von Herzen. Ich bin überzeugt, damit das Präsidium in gute und geeignete Hände weiterzugeben.

04/2025 bis 02/2026 – Silvia Fröhlicher und Melina Aletti, Co-Fraktionspräsidium

Per Legislaturwechsel haben wir dann also den Stab von Markus Ammann übernommen und uns an die Arbeit gemacht. Grosse Fussstapfen, die wir nach bestem Wissen und Gewissen ausfüllen – wobei wir aber auch neue Wege gehen wollen. Neu für alle ist, dass wir das erste Co-Fraktionspräsidium auf kantonaler Ebene bilden. Wir mussten deshalb mehr als andere besprechen, was alles für Aufgaben anstehen, wer welche davon übernimmt und wie wir kommunikativ vorgehen. Die Weiterentwicklung und Anpassung unserer Arbeitsweise verstehen wir als Daueraufgabe.

Die politischen Aussagen von Markus Ammann gelten weitgehend auch für die zweite Berichtshälfte. Allerdings hat nach den Wahlen die politische Grosswetterlage im Rat deutlich geändert. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die SVP als neu grösste Fraktion noch stärker nach rechts ausgerichtet ist und dass andererseits die gemeinsame Fraktion von FDP und GLP einen äusserst wirtschaftsorientierten Kurs fährt. Der zentrale Punkt ist jedoch die fragwürdige Zusammensetzung der Kommissionen, in welchen die beiden rechten Fraktionen durchwegs die absolute Mehrheit haben (8/15), was nicht der Realität im Rat entspricht (49/100). Dementsprechend musste der Rat wiederholt Fehlentscheide der Kommissionen korrigieren. Dies führte zu einem informellen Schulterschluss der drei anderen Fraktionen, die ja über die Ratsmehrheit verfügen und diese insbesondere bei Entscheiden zum Budget und zu einzelnen Elementen des Massnahmenplans auch ausgespielt haben.

Der grosse Brocken dieses Jahres ist jedoch die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrags für das Solothurner Staatspersonal, welche die Regierung in ihrer letzten Sitzung in der alten Zusammensetzung beschloss und dem Rat ohne jeglichen zeitlichen Vorlauf auftischte. Deshalb gab es fürs Fraktionspräsidium bereits in der zweiten Session dieser Legislatur eine Nachtschicht. Die Umgehung aller sozialpartnerschaftlichen Regeln wurde von der Fraktion heftig kritisiert. Sie musste akzeptieren, dass die Ausarbeitung des neuen Personalrechts einer Spezialkommission

übertragen wurde, an der sie sich nun so konstruktiv wie möglich zum Wohl des Staatspersonals einbringt.

In diesem Jahr verabschiedete der Rat zahlreiche Geschäfte, die anschliessend fürs Volk kamen. Dabei kam es mehrfach zur Situation, dass die SVP-Fraktion die Vorlagen im Rat unterstützte, danach aber von der Parteibasis mit Nein-Parolen desavouiert wurde (z. B. Hochwasserschutz Dünnern, Polizeistützpunkt Oensingen). Sah dieses Vorgehen anfänglich nach einem Erfolgsmuster der SVP-Leitung aus, haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger offensichtlich in der Zwischenzeit die unsachlichen und inhaltlich wiederholt schlicht falschen Kampagnen durchschaut.

Das Co-Fraktionspräsidium hat sich von Anfang an für eine gute Kommunikation mit der Parteibasis eingesetzt. Dies drückt sich in erster Linie im neuen Newsletter aus, der jeweils vor und nach der Session an alle Mitglieder versandt wird und in Zukunft auch für Interessierte ausserhalb der Partei abonnierbar sein wird. Zudem haben wir die Präsenz auf den Sozialen Medien stark ausgebaut, was auch der Aktivität der einzelnen Ratsmitglieder zu verdanken ist.

Weitere Ideen sind ausdrücklich erwünscht, denn die Rückmeldungen seit dem Erscheinen des Newsletters haben uns in der Annahme bestätigt, dass die Parteibasis durchaus am Wirken der Fraktion interessiert ist – dies umso mehr, als die klassischen Medien ihre Berichterstattung zur kantonalen Politik weiter abgebaut haben.

Die Fraktionsarbeit schlägt sich immer auch konkret und zählbar in Vorstössen nieder. Von Februar 2024 bis Januar 2026 wurden von der Fraktion SP/junge SP und ihren einzelnen Mitgliedern insgesamt 49 Vorstösse eingereicht (18 Kleine Anfragen, 14 Interpellationen und 17 Aufträge). 18 Vorstösse wurden durch die Fraktion eingereicht, 31 waren Einzelvorstösse.

	02-12 2024	2025	01 2026	
Kleine Anfragen	9	8	1	18
Interpellationen	6	7	1	14
Aufträge	10	7	0	17
	25	22	2	49

2024		
Auftrag Matthias Anderegg (19.3.24)	Kantonale Zulassungsverfahren Gesundheitsberufe für Physiotherapeuten und Physiotherapeutinnen	Erheblich mit geändertem Wortlaut
Interpellation Melina Aletti (27.3.24)	Bedrohung durch neue rechtsextreme Gruppierungen	Ohne Beschluss erledigt
Interpellation Urs Huber (27.3.24)	Cargo Sous Terrain: Tempo um jeden Preis oder Sorgfalt und echte	Ohne Beschluss erledigt

	Mitwirkung?	
Kleine Anfrage Silvia Fröhlicher (27.3.24)	Anpassung der Stipendien an die Teuerung	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Markus Ammann (8.5.24)	Taxigesetz	Rückzug des Auftrags
Auftrag Melina Aletti (8.5.24)	Sexuelle Gesundheit fördern	Nicht erheblich
Interpellation Hardy Jäggi (25.6.24)	IKV 2020 - reicht das Kontingent für alle Vereinslotos im Kanton Solothurn	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (26.6.24)	Rechtshilfe für Arbeitsbetroffene	Nicht erheblich
Kleine Anfrage John Steggerda (26.6.24)	Armut bei Kindern und Jugendlichen darf nicht vererbt werden	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage John Steggerda (26.6.24)	Zwangsmassnahmen und Fixationen in den Solothurner Spitälern, Kliniken	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (26.6.24)	Deckungsgrad bei ÖV-Linie	Erheblich mit geändertem Wortlaut
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (26.6.24)	Totalrevision der Solothurner Kantonsverfassung	Nicht erheblich
Dringliche Interpellation Fraktion	Lohnfortzahlung und Zusatzzahlungen des	Ohne Beschluss

SP/Junge SP (26.6.24)	CEO der Solothurner Spitäler AG	erledigt
Kleine Anfrage Silvia Fröhlicher (26.6.24)	Vollzugsprobleme beim Schutz des Trinkwassers	Ohne Beschluss erle- digt
Kleine Anfrage Luzia Stocker (26.6.24)	Situation von Be- troffenen mit Long Covid im Kanton So- lothurn	Ohne Beschluss erle- digt
Kleine Anfrage An- gela Petiti (26.6.24)	Fisch- und Krebsster- ben im Kanton Solo- thurn	Ohne Beschluss erle- digt
Dringliche Interpella- tion Fraktion SP/Junge SP (4.9.24)	Vielfalt der Schwer- punktfächer an den Kantonsschulen So- lothurn und Olten si- chern	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Frak- tion SP/Junge SP (4.9.24)	Öffentliche Nutzung kantonaler Liegen- schaften zum Lernen und zur Prüfungsvor- bereitung	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (11.9.24)	Soziale Medien und psychische Gesund- heit von Jugendli- chen	Erheblich und Ab- schreibung
Kleine Anfrage Fran- ziska Rohner (11.9.24)	Ist im Kanton Solo- thurn die Beschulung für alle Kinder ge- währleistet?	Ohne Beschluss erledigt
Dringlicher Auftrag Fraktion SP/Junge SP (5.11.24)	Sofort-Massnahmen zur Unterstützung von Stahl Gerlafingen	Erheblich mit geän- dertem Wortlaut

Interpellation Matthias Anderegg (6.11.24)	Einspracheverfahren bei Planungs- und Bauvorhaben	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (17.12.24)	Anspruch auf Prämi- enverbilligung auto- matisch prüfen und Beiträge direkt aus- bezahlen	Nicht erheblich
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (17.12.24)	Ergänzungsleistun- gen – persönliche Benachrichtigung von potentiell An- spruchsberechtigten von Amtes wegen	Nicht erheblich
Kleine Anfrage Ma- thias Stricker (18.12.24)	Psychomotorikthera- pie als pädagogisch- therapeutisches An- gebot im Kanton So- lothurn	Ohne Beschluss erledigt
2025		
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (29.1.25)	Volksschule von Sparmassnahmen betroffen: Pädagogi- schen ICT-Support weiterfinanzieren	Nicht erheblich
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (29.1.25)	Volksschule von Sparmassnahmen betroffen: Keine Lek- tionenkürzung auf der Primarstufe	Nicht erheblich
Auftrag Fraktion SP/Junge SP (29.1.25)	Aufhebung der ÖV- Plafonierung ab 2027	Nicht erheblich

Auftrag Angela Petiti (29.1.25)	Selbstgesteuertes Arbeiten /Projektarbeit nicht reduzieren	Nicht erheblich
Kleine Anfrage Fraktion SP/junge SP (29.1.25)	Förderung der Rehkitzrettung ab 2026 weiterführen	Erheblich
Kleine Anfrage Karin Kälin (12.3.25)	Nutzung Windenergie im Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirports Basel Mulhouse Freiburg	Ohne Beschluss erledigt
Interpellation Matthias Anderegg (7.5.25)	Massnahmen gegen Schwarzarbeit im Kanton Solothurn dümpeln	Ohne Beschluss erledigt
Interpellation Nadine Vögeli (7.5.25)	Gleichbehandlung aller Kantonsangestellten bezüglich Wählbarkeit in den Kantonsrat	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Nadine Vögeli (7.5.25)	Verrechnung der Kosten von IVSE-Institutionen	Ohne Beschluss erledigt
Interpellation Fraktion SP/Junge SP (24.6.25)	Stilllegung rollende Landstrasse – was unternimmt der Kanton?	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Fraktion SP/junge SP (24.6.25)	Kosten für Gemeinden und Kanton durch Abschaffung des Eigenmietwerts?	Ohne Beschluss erledigt

Interpellation Luc Nünlist (25.6.25)	Erinnerungskultur für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Luc Nünlist (2.7.25)	Bewegungsförderung bei Jugendlichen sichern – Kürzungen bei J+S durch kantonale Beiträge auffangen	Rückzug
Interpellation Fraktion SP/junge SP (2.7.25)	Folgen und Haltung betreffend neuester Abbaupläne von SBB Cargo für den Kanton Solothurn	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Fraktion SP/junge SP (3.9.25)	Ergreifung des Kantonsreferendums bei einer Annahme der Vorlage zur Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen	Hängig – noch nicht beschlossen
Interpellation Luc Nünlist (3.9.25)	Widersprüche bei Zwangsmassnahmen in der Psychiatrie	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Fraktion SP/junge SP (10.9.25)	Gewalt gegen Gesundheitspersonal - Einführung eines kantonalen Gewaltmonitorings und Prüfung von Schutzmassnahmen	Hängig – noch nicht beschlossen

Interpellation Karin Kälin (10.9.25)	Koordinierte Richtplanung als Schlüssel für die Nordwestschweiz	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Melina Aletti (12.11.25)	Berufsgeheimnisentbindung	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Silvia Fröhlicher Rohner (12.11.25)	Fortbestand der Bibliothek der PH FHNW Solothurn beim Umzug nach Olten	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Luc Nünlist (17.12.25)	Kantonspolizei Solothurn: Verhältnismässigkeit, Kontrolle und Vertrauen stärken	Hängig – noch nicht beantwortet
Kleine Anfrage Luc Nünlist (17.12.25)	Jugendschutz im Sport: Wie stellt der Kanton die Integrität von vulnerablen Personen im Sport sicher?	Ohne Beschluss erledigt
2026		
Interpellation Matthias Anderegg (28.1.26)	Wie steht es um den Brandschutz im Kanton Solothurn?	Hängig – noch nicht diskutiert
Kleine Anfrage Nicole Wyss (28.1.26)	Umsetzung der frühen Sprachförderung in den Gemeinden des Kantons Solothurn	Ohne Beschluss erledigt

Personelles

Fraktionsmitglieder

Im Verlauf der vergangenen beiden Jahre gab es auch aufgrund der Kantonsratswahlen einige Wechsel in der Kantonsratsfraktion:

- Aletti Melina, Olten
- Ammann Markus, Olten (bis 04/2025)
- Anderegg Matthias, Solothurn
- Bill Remo, Grenchen
- Boos Ida, Breitenbach (ab 04/2025)
- Bill Remo, Grenchen
- Bürki Simon, Biberist
- Esslinger Simon, Gempen (bis 04/2025)
- Fröhlicher Silvia, Bellach
- Gomm Simon, Olten
- Heri Philipp, Gerlafingen
- Huber Urs, Obergösgen
- Hug Stefan, Zuchwil (bis 08/2024)
- Ingold Stefanie, Solothurn (ab 04/2025)
- Jäggi Hardy, Recherswil
- Kälin Neuner-Jehle Karin, Rodersdorf
- Morstein Sandra, Riedholz (ab 04/2025)
- Nünlist Luc, Olten (ab 04/2025)
- Petiti Angela, Solothurn
- Racine Matthias, Mühledorf (ab 08/2024)
- Rohner Franziska, Biberist (bis 04/2025)
- Spichiger Roger, Derendingen (ab 04/2025)
- Steggerda John, Trimbach
- Stocker Luzia, Olten (bis 04/2025)
- Stricker Mathias, Bettlach (bis 05/2025)
- Vögeli Nadine, Hägendorf
- Widmer Bettina, Wangen bei Olten (ab 04/2025)
- Wyss Nicole, Oensingen

Fraktionsvorstand

Der Fraktionsvorstand tagte jeweils einen oder zwei Tage vor der ersten Fraktionssitzung der Session, um geschäftliche Planungen und strategische Überlegungen zu diskutieren sowie einzelne Geschäfte vorzubesprechen.

Um etwas mehr Zeit für langfristige und strategische Überlegungen zu haben, wurden in der Regel nur Geschäfte von hoher politischer oder strategischer Bedeutung für die Fraktion vorbesprochen.

In der Regel fanden diese Sitzungen online statt.

Im Verlauf der letzten beiden Jahre hat es kleine Veränderungen in der Zusammensetzung des Fraktionsvorstands gegeben:

- Aletti Melina, Fraktions-Co-Präsidentin (ab 04/2025)
- Ammann Markus, Fraktionspräsident (bis 04/2025)
- Anderegg Matthias
- Bill Remo (bis 04/2025)
- Bürki Simon (ab 04/2025)
- Fröhlicher Silvia, Fraktions-Co-Präsidentin (ab 04/2025)
- Huber Urs (ab 04/2025)
- Schaffner Susanne, Regierungsrätin
- Stocker Luzia (bis 04/2025)
- Stricker Mathias, Regierungsrat
- Vögeli Nadine
- Wyss Nicole (ab 04/2025)
- Müller Fabian, Fraktionssekretär

Vertretungen in den kantonsrätlichen Kommissionen (Stand 1. März 2026)

Ratsleitung	Fröhlicher Silvia
Finanzkommission	Bill Remo Bürki Simon Steggerda John
Geschäftsprüfungskommission	Aletti Melina Gomm Simon Kälin Karin
Justizkommission	Huber Urs Ingold Stefanie Racine Matthias
Bildungs- und Kulturkommission	Fröhlicher Silvia Petiti Angela Wyss Nicole
Sozial- und Gesundheitskommission	Jäggi Hardy Vögeli Nadine Widmer Bettina

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	Anderegg Matthias Heri Philipp Morstein Sandra
---	--

Vertretungen in weiteren Gremien (durch Fraktion nominiert)

Geschäftsleitung der SP des Kantons Solothurn	Fröhlicher Silvia
Interparlamentarische Kommission Fachhochschule NW	Nünlist Luc
Fachkommission Bürgerrecht	Nünlist Luc
Arbeitsgruppe Natur+Landschaft	Fröhlicher Silvia
Spezialkommission Digitalisierung	Spichiger Roger
Spezialkommission Personalrecht	Bürki Simon Heri Philipp Vögeli Nadine

Präsidiien

Kommissionspräsidien	
Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	Matthias Anderegg

Fraktionsanlässe

Fraktionssitzungen

Pro Session fanden in der Regel zwei Fraktionssitzungen statt. Dabei wurden alle Geschäfte der Session und die neuen Vorstösse der Fraktion vorbesprochen. Sie dienten auch dazu, eine erste Fraktionshaltung zu wichtigen Geschäften, die erst noch in den Kommissionen zur Sprache kommen, herauszudestillieren.

Die Fraktion hielt daran fest, die jeweils erste Fraktionssitzung (eine Woche vor der Session) abwechselungsweise in Olten (2024/2026) und Solothurn (2023/2025) durchzuführen. Die zweite Fraktionssitzung – im Rahmen der Session – wurde jeweils im Rathaus (Konferenzsaal Ost) durchgeführt.

Fraktionsseminare

Im Jahr 2024 wurden zwei Fraktionsseminare durchgeführt. Im April mit den Themen «Rückblick Legislatur» und «Neue Vorstösse erarbeiten» und im November zum Thema «Massnahmenplan des Kantons» sowie «Zusammenarbeit mit uns nahestehenden Verbänden».

Im Jahr 2025 wurden ebenfalls zwei Fraktionsseminare abgehalten. Das erste fand in Solothurn statt, mit den Kernthemen «Organisation neue Legislatur» und «VSEG». Das zweite Seminar wurde im Herbst in Olten durchgeführt, mit einem Referat von Mario Petiti zum Thema «Fremdsprachen in der Schule – Zukunft Harnos» sowie der Diskussion in der Fraktion über das weitere Vorgehen in diesem Bereich.

Fraktionsausflüge

Der Fraktionsausflug 2024 führte uns in die Amtei Dorneck-Thierstein. Nach der Session reiste unsere Gruppe mit dem Car auf den Gempenpass. Nach einem Aperó mit wunderschöner Aussicht im Restaurant Gempenturm durften sich die Teilnehmenden zwischen drei Gruppen entscheiden:

- Wanderung durch den Dorneckberg nach Nuglar mit einer Präsentation des Projektes «Rettung der Wildbienen».
- Besuch des Musikautomaten-Museums in Seewen
- Führung durch die Sonnenhalde in Gempen, eine soziale Institution für Menschen mit Autismus und anderen Einschränkungen

Seinen Ausklang fand der Ausflug in der Alten Brennerei in Nuglar, einem traditionellen Restaurant mit wunderschöner Terrasse. Die Kantonalpar-tei bedankt sich herzlich bei den beiden organisierenden Kantonsrät:innen Karin Kälin und Simon Esslinger sowie bei Amteipräsident Stefan Oser.

Der Fraktionsausflug 2025 führte uns in die Amtei Thal-Gäu. Bemerkenswert ist, dass dabei die Organisation samt und sonders von unserer ein-zigen Kantonsrätin aus Oensingen, Nicole Wyss, gestemmt wurde. Danke für den grossen Einsatz.

Nach der Anreise mit dem Car und einem Aperó auf der Bergwirtschaft Tiefmatt konnten die Teilnehmenden aus drei Programmpunkten aus-wählen:

- Rundgang Holzweg Thal mit dem zuständigen Förster Kilian Bader
- Schlossführung Neu Bechburg
- Besuch der VEBO-Produktionswerkstätte in Oensingen

Anschliessend konnten sich die Teilnehmenden über ihr exklusives Znacht in der Genusswerkstatt der VEBO in Oensingen freuen.

Angestelltenapéro

Anfangs November werden traditionellerweise die in der Verwaltung tätigen SP-Mitglieder zu einem Apéro mit der Fraktion eingeladen. Die Veranstaltung wurde wieder regelmässig durchgeführt. Neu werden auch die Präsidien und Geschäftsleitungen uns nahestehender Verbände und Organisationen zu diesem Treffen eingeladen. Dies dient dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Informationsaustausch – die Möglichkeit dazu wird rege genutzt.

Dank

Wir danken herzlich

- allen Fraktionsmitgliedern für die engagierte Arbeit in der Fraktion, im Fraktionsvorstand für das Vorbesprechen und Mitgestalten unserer Politik, für die positiven wie kritischen Rückmeldungen zur Organisation, die uns stets weiterbringen.
- unseren beiden Regierungsrät:innen Susanne Schaffner und Mathias Stricker für die kompetente Arbeit in zwei grossen und anspruchsvollen Departementen, die gute Zusammenarbeit und Abstimmung sowie die kritische und hilfreiche Unterstützung der Fraktion.
- dem Parteisekretariat mit Niels Kruse und ganz besonders dem Fraktionssekretär Fabian Müller für ihren zuverlässigen, vorausschauenden, kompetenten, ideenreichen und engagierten Support.
- allen Genossinnen und Genossen für ihre kritische Begleitung und die vielen wertvollen Tipps und Hinweise zu unserer Arbeit; wir sind auch weiterhin auf euch angewiesen!

Bericht aus dem Regierungsrat

Susanne Schaffner-Hess, Vorsteherin Departement des Inneren

Mathias Stricker, Vorsteher Departement für Bildung, Kultur und Sport

Regierungsrätin Susanne Schaffner, Vorsteherin Departement des Inneren

Trotz vielfältigen Herausforderungen auf gutem Kurs

Als Vorsteherin des Departements des Inneren, welches Gesundheit, Soziales, Migration, Polizei und Justizvollzug umfasst, war die Themenvielfalt in den letzten zwei Jahren gross und in allen Bereichen mussten viele Herausforderungen bewältigt werden. Gleichzeitig war die Überprüfung aller Bereiche im Blick auf Spar- resp. Optimierungspotential im Rahmen des Massnahmenplanes 2024 eine zusätzliche Herausforderung, welche schliesslich zu einem Massnahmenplan führte, welcher bis heute nur teilweise umgesetzt werden konnte. Mit Beginn der neuen Legislatur 2025 – 2029 wurde auch viel Energie in die Erarbeitung der Legislaturziele gesteckt (zu finden unter [Legislaturplan](#)).

In diesem Bericht versuche ich ein paar Themenschwerpunkte aufzulisten, welche in den letzten zwei Jahren umgesetzt respektive angestossen wurden. Dies ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Gesundheit und Soziales

- **Pflegefachkräfte:** Im Bereich Gesundheit konnte per 1. Juli 2024 die erste Etappe der Pflegeinitiative fristgerecht umgesetzt werden. Die Zahl der Ausbildungen von Pflegefachkräfte FH und HF konnte seitdem stabil erhalten respektive leicht erhöht werden. Die mit Ausbildungsverpflichtungen geforderten Gesundheitseinrichtungen sind mit der Umsetzung der Vorgaben mehrheitlich auf Kurs. Auch die kantonalrechtlichen Aus- und Weiterbildungsverpflichtungen für nicht von der Pflegeinitiative erfasste, nichtuniversitäre Gesundheitsberufe wurden überarbeitet und

werden nun vom Kanton vollzogen. Die Problematik des Fachkräftemangels bleibt aber bestehen, die Zahl der Ausbildungen muss über die Zielvorgaben der Pflegeinitiative hinaus erhöht werden. Dazu sind auch Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Reduktion der Berufsaustritte notwendig.

- **Spitalstrategie:** Im April 2025 konnte nach vielen interdepartementalen Vorarbeiten eine neue Eigentümerstrategie für die Solothurner Spitäler AG ([RRB-Beilage Eigentüemerstrategie soH.pdf](#)) vom Regierungsrat verabschiedet werden. Ziel war, damit eine engere Begleitung des Verwaltungsrats durch den Kanton und eine finanzielle Stabilisierung der soH sicherzustellen. Die soH hat in der Folge eine Unternehmensstrategie der Konzentration ausgearbeitet und verabschiedet ([Medienmitteilung soH Neue Unternehmensstrategie 26-30.pdf](#)). Mit dem vom Kantonsrat bewilligten Zusatzkredit zum Globalbudget Gesundheit 2024 bis 2026 konnte sichergestellt werden, dass die Solothurner Spitäler AG an 7 Tagen pro Woche, während 24 Stunden Notfallstationen betreiben und neue Ärztinnen und Ärzte weiterbilden kann, womit die medizinische Betreuung jederzeit gewährleistet wird.
- **Gesundheitsversorgung:** Ein weiterer Fokus lag auf der Stärkung der ambulanten Grundversorgung. In Zusammenarbeit mit den Ärztinnen und Ärzten Kanton Solothurn, der Solothurner Spitäler AG und dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden wurde ein Pilotprojekt zum Einsatz von nicht-ärztlichen Gesundheitsfachpersonen für schulärztliche Untersuchungen gestartet. Weiter wurde ein Vorprojekt für die Schaffung von medizinischen Grundversorgungszentren zur Entlastung der Notfallzentren und zur Stärkung der Weiterbildung für angehende Hausärztinnen und Hausärzte im Kanton Solothurn unterstützt.

- **Gesundheitsförderung und Prävention** haben im Gesundheitsamt einen hohen Stellenwert sowohl im Erwachsenenbereich wie auch im Bereich von Kinder- und Jugendlichen werden verschiedene Projekte angestossen und Angebote unterstützt. Im Bereich Psychische Gesundheit lag der Schwerpunkt beim Aufbau einer Anlaufstelle Suizidprävention bei den Psychiatrischen Diensten der Solothurner Spitäler AG. Im Dezember 2025 startete nach langen Vorarbeiten das Darmkrebsscreening-Programm für den Kanton Solothurn.
- **Familienergänzende Kinderbetreuung:** In den letzten zwei Jahren wurde die Diskussion und Vorbereitung der Gesetzgebung zur Umsetzung eines Auftrages des Kantonsrates zur Einführung von Betreuungsgutscheinen für Kinder bis 12 Jahren in Kitas und schulergänzenden Institutionen vorangetrieben. Ziel war die finanzielle Entlastung von Familien und die Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots im ganzen Kanton. Schliesslich wurde das Gesetz erfolgreich durch den Kantonsrat verabschiedet. Nach Zustandekommen des Referendums wurde das neue Kita-Gesetz vom Stimmvolk im September 2025 abgelehnt.
- **Angebote für Menschen mit Behinderungen:** Die Erarbeitung und die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens der Bedarfsanalyse und Angebotsplanung 2030 für ambulante und stationäre Angebote im Bereich Behinderung war zentral. Ziel der Angebotsplanung ist die Stärkung und das Ausrollen des ambulanten Angebots mittels Pilotprojekte. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat zur Genehmigung durch den Kantonsrat erfolgte im März 2026.

- Die Bewältigung insbesondere der **Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen** inklusive Menschen mit Schutzstatus S ist eine Daueraufgabe, welche in enger Kooperation, gezielter Planung und laufendem Austausch zwischen Kanton und Einwohnergemeinden bewältigt wird. Die Herausforderung war in den letzten zwei Jahren vor allem, den nötigen Wohnraum auf kommunaler Ebene zu finden.

Mit Unterstützung und Anreizen und viel Engagement aller Beteiligten konnten die vom Bund vorgegebenen Ziele für die **Integration von Personen mit Schutzstatus S** in den Arbeitsmarkt erreicht werden.

- Nachdem die **frühe Sprachförderung** gesetzlich verankert worden ist, hat das Amt für Gesellschaft und Soziales Grundlagen geschaffen und Massnahmen unterstützt zur Weiterentwicklung der Qualität der frühen Sprachförderung in den Einwohnergemeinden. Per Ende 2025 haben ausser zwei Einwohnergemeinden alle die Sprachstandserhebungen durchgeführt, so dass entsprechende Sprachfördermassnahmen nun in den Gemeinden umgesetzt werden können.
- Künftig werden alle **Sozialhilfefälle nach denselben Grundsätzen** geführt – von der Erstabklärung über die Zielvereinbarung bis hin zur Integration in den Arbeitsmarkt. Die Harmonisierung erleichtert die Zusammenarbeit zwischen den Sozialregionen, vereinfacht Fallübergaben und stärkt die Vergleichbarkeit der Leistungen der Sozialregionen im ganzen Kanton. Mittelfristig wird mit Effizienzgewinnen und Einsparungen gerechnet, da gezieltere Integrationsmassnahmen die Bezugsdauer der Sozialhilfe verkürzen können. Dieses Projekt der harmonisierten Fallführung, dass in den letzten zwei Jahren in pilotierten Sozialregionen evaluiert wurde, wird per 2026 in einer zweijährigen Probe-phase flächendeckend eingeführt und für die definitive Einführung evaluiert.

- **Bekämpfung häusliche Gewalt:** Die Umsetzung der Istanbul-Konvention und die Bekämpfung häuslicher, partnerschaftlicher sowie geschlechtsspezifischer Gewalt wird mit Unterstützung der Koordinationsstelle Häusliche Gewalt mittels Massnahmen und Projekten gemeinsam mit den zuständigen Stellen umgesetzt und laufend ausgewertet. Insbesondere sind folgende, laufende Projekte hervorzuheben: Beratung von Kindern, die zuhause Gewalt erleben, Schaffung von Anschlusslösungen nach einem Aufenthalt in einer Schutzunterkunft und forensisch-medizinischen Versorgung. Die Opferberatungsstelle ist im Jahr 2025 evaluiert und optimiert worden. Die Erreichbarkeit wurde mit einem niederschweligen Chatberatungsangebot erweitert und die rund um die Uhr für Beratung und Hilfe zur Verfügung stehende, zentrale Opferhilfe-Telefonnummer 142 wird schweizweit und damit auch für den Kanton Solothurn diesen im Mai 2026 in den Betrieb genommen. Die Kantonspolizei mit der Schaffung Fachstelle häusliche Gewalt die Fachlichkeit gebündelt und eine Anlauf- und Koordinationsstelle geschaffen.

Sicherheit

- **Strukturkriminalität:** Eine interdepartementale Arbeitsgruppe und der Leitung der Kantonspolizei und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit hat einen Bericht und einen Massnahmenplan zur Bekämpfung der Strukturkriminalität ([Konsequente Bekämpfung der Strukturkriminalität im Kanton Solothurn - Kanton Solothurn](#)) erstellt, welcher vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen wurde. Die Bekämpfung von Strukturkriminalität (wurde schliesslich als zentraler Schwerpunkt im Legislaturplan 2025–2029 verankert. Ziel ist koordiniert vorzugehen und Missbräuche in den risikobehafteten Branchen mit einem Kontrollkonzept, das zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Amt für Wirtschaft und Arbeit und weiteren Behörden erarbeitet worden ist, präventiv früh zu erkennen.
- Die Zunahme der Delikte im Vermögensbereich (Einbruch- und Einschleichdiebstähle, Velodiebstähle u.a.) war in den letzten

zwei Jahren evident. Nebst Massnahmen zur Verstärkung der subjektiven Sicherheit wurde zur Bekämpfung der sog. «Serielinquenz» ein Fallmanagement eingeführt und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft, Jugendanwaltschaft und Amt für Justizvollzug weiterentwickelt ([Kanton intensiviert die Bekämpfung der Kleinkriminalität - Kanton Solothurn](#)).

- **Besoldung:** Für das Jahr 2025 konnten die Regelung der Inkonvenienzen für die Mitarbeitenden der Polizei attraktiver im Rahmen des Gesamtarbeitsvertrages geregelt werden. Zusätzliche Stellen bei der Kantonspolizei: Im Rahmen des Globalbudgets 2024–2026 konnten zusätzlich zu den bereits geplanten Erhöhungen weitere 15 Vollzeitstellen für die Kantonspolizei geschaffen werden.
- Die **personellen Ressourcen im Justizvollzug** konnten den grossen Herausforderungen stetig angepasst werden. Trotzdem ist die Überbelegung der Untersuchungsgefängnisse in den letzten zwei Jahren eine grosse Herausforderung gerade für das Personal. Nach dem Spatenstich für das neue Zentralgefängnis diesen Frühling wird mit einer Fertigstellung im Herbst 2029 gerechnet. In der Zwischenzeit mussten zusätzliche Haftplätze auf dem Areal der bestehenden Institutionen geschaffen werden.

Wer über aktuelle Themen des Departements des Innern informiert sein möchte, dem sei unser Newsletter DDInside empfohlen ([Newsletter DDInside - Kanton Solothurn](#)).

Regierungsrat Mathias Stricker, Vorsteher Departement für Bildung, Kultur und Sport

Regierungsrat ab August 2025

Nach einem spannenden, intensiven und für die SP sehr erfolgreichen Wahlkampf durfte ich an der Seite von Regierungsrätin Susanne Schaffner (bisher) mein neues Amt als Regierungsrat am 1. August 2025 antreten.

Dank der tollen Unterstützung durch das Regierungsratskollegium und die Mitarbeitenden im Rosengarten, wo sich das Departement für Bildung, Kultur und Sport befindet, konnte ich mich relativ schnell in die Themen und in die Verwaltungsprozesse einarbeiten.

In den ersten Monaten durfte ich ebenfalls viele Institutionen (u.a. Zentralbibliothek Solothurn, Museum Altes Zeughaus, Musikautomatenmuseum Seewen, TOBS, Solothurner Filmtage, Literaturtage, Schloss Wartenfels, Schloss Waldegg) und Schulen (Volksschule, Mittelschule, Berufsschule, Fachhochschule) besuchen und näher kennenlernen. So konnte ich mir rasch eine Themenübersicht über die vielfältigen Departementsaufgaben verschaffen.

Schwerpunkte der Regierungsarbeit im Zeitraum August 2025 bis April 2026 waren mehrere kantonale Abstimmungen (u.a. Kita-Gesetz, Dünnern, Bahnhof Süd Solothurn, Familienzulagen, KAPO-Stützpunkt), die Legislaturplanung 25–29 (Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit stärken, Lebensgrundlagen nachhaltig schützen und nutzen, Individualität achten und nutzen sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren), die Digitalisierung, die Ausarbeitung einer neuen Finanz- und Steuerstrategie, die interinstitutionelle Zusammenarbeit und vor allem auch der Budgetprozess 26.

Dieser stand ganz im Zeichen des Massnahmenpakets und zum Teil massiver Kürzungsanträge aus den Kommissionen, welche teilweise erfolgreich abgewehrt werden konnten. Für die Regierung stand immer im Fokus, dass zwar gespart werden muss, der Kanton aber die staatlichen Aufgaben zugunsten der Einwohnerinnen und Einwohner weiterhin in guter Qualität erbringen kann.

Im Departement Bildung, Kultur und Sport standen folgende Themen im Vordergrund:

Departementsbezeichnung DBKS

Das Departement «Bildung und Kultur» wurde auf den 1. Januar 2026 in «Departement für Bildung, Kultur und Sport» umbenannt. Damit soll die Wichtigkeit des Sports bereits im Departementsnamen zum Ausdruck kommen.

Legislaturplanung 2025–2029

Für die neue Legislatur setzt sich das DBKS folgende Ziele:

- Zusammenarbeit im Bildungsraum NWCH weiterentwickeln – Fachhochschulstandort Olten stärken
- Zweckmässige Infrastrukturen für die kantonalen Schulen sichern
- Bildungsreformen des Bundes umsetzen: Gymnasiale Matur, Berufsmaturität, berufliche Grundbildung
- Informatikstrategie für kantonale Schulen Sekundarstufe II umsetzen und weiterentwickeln
- Zukunftsgerichtete Förderung der Kompetenzen (Checks/ÜGK)
- Digitale Instrumente für die Unterrichts- und Schulentwicklung nutzen
- Schulen stärken im Umgang mit unterschiedlichen Bildungslaufbahnen (Spezielle Förderung)

- SOprima – Stärkung des Französischunterrichts (immersiver Unterricht, Austausch mit Kanton Neuenburg)
- Gezielte Förderung und Weiterentwicklung der Schlösser und Burgen
- Planung eines kantonalen Kulturgüterdepots
- Verabschiedung und Umsetzung des Sportleitbilds Kanton Solothurn

Sportleitbild

Der Regierungsrat genehmigte ein neues Sportleitbild. Dieses beschreibt die Werthaltungen, Grundsätze, strategischen Schwerpunkte und Ziele in der Bewegungs- und Sportförderung. Sieben zentrale Handlungsfelder werden durch Leitsätze und konkrete Umsetzungsmassnahmen präzisiert. Das Sportleitbild richtet sich an Sportvereine, Gemeinden, Schulen, politische Entscheidungsträger:innen sowie die breite Öffentlichkeit. Den kantonalen Stellen dient es als Orientierungsrahmen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben, kurz: Das Leitbild schafft die notwendigen Rahmenbedingungen, damit sich der Sport im Kanton Solothurn weiterentwickelt und nachhaltig gestärkt wird.

Investitionsbeiträge ÜK-Zentren

Der Kantonsrat beschloss Investitionsbeiträge für «Überbetriebliche Kurse»-Zentren der GAeSO (Gesellschaft Ärztinnen und Ärzte Kanton Solothurn) und der Stiftung OdA Gesundheit und Soziales im Kanton Solothurn. Einerseits betrifft dies den Beruf Medizinische Praxisassistentin/Medizinischer Praxisassistent, andererseits Berufe in den Bereichen Gesundheit und Soziales, Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigung und Betreuung von Kindern.

Religionsunterricht

Der Religionsunterricht an der Volksschule soll aktualisiert werden. Dies hat Auswirkungen auf die Unterrichtsorganisation, die Zuständigkeiten und den Lehrplan.

Spezielle Förderung, Sonderpädagogik

In Pilotprojekten wird die Umsetzung der Speziellen Förderung im Bereich der Förderstufe A weiterentwickelt. Multiprofessionelle Teams erhalten Unterstützung durch Schulhilfen oder Schulische Sozialpädagogik. Im 1. Zyklus sollen vermehrt Kinder aus dem Spezialangebot Vorbereitungsklasse integriert werden.

Bildungsraum NWCH/Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW

2026 und 2027 hat der Kanton Solothurn den Vorsitz im Regierungsratsausschuss (RRA) des Bildungsraums Nordwestschweiz (AG, BL, BS, SO). Der RRA bereitet die FHNW-Geschäfte für die Regierungen der vier Trägerkantone vor. Insbesondere leitet er die Verhandlungen um den Leistungsauftrag an die FHNW.

Bistumskonkordat

Die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Bistum Basel (Löhne, Wohnen) sollen überprüft werden.

Das Departement für Bildung, Kultur und Sport stellt sich engagiert den Herausforderungen der Zukunft und sucht gute Lösungen für die Bevölkerung des Kantons Solothurn. Ich danke allen Beteiligten für die Unterstützung.

Bericht aus dem Nationalrat

Nationalrätin Farah Rummy

Ankommen und Schwerpunkte

Im Dezember 2023 wurde ich zu Beginn der 52. Legislatur als Nationalrätin vereidigt. Zwei Jahre später ziehe ich eine klare Bilanz: Ich habe mich in dieser Rolle etabliert und arbeite mit Überzeugung und Tatkraft in den Dossiers, in denen ich politisch etwas bewegen will.

Im Zentrum meiner Arbeit stehen die Gesundheits- und die Aussenpolitik. Beide Bereiche greifen direkt ineinander: Fragen der Versorgung, des Fachkräftemangels oder der Medikamentensicherheit lassen sich nicht isoliert beantworten. Sie hängen von internationalen Beziehungen, stabilen Lieferketten und verlässlichen politischen Strukturen ab. Gleichzeitig basiert ein grosser Teil unseres Wohlstands auf funktionierenden Beziehungen zu Europa.

Die ersten Monate haben mir rasch gezeigt, wie die parlamentarische Arbeit funktioniert. Die Auseinandersetzungen sind hart, Mehrheiten müssen mit Ausdauer erkämpft werden. Ein erstes zentrales Thema war der Schutz von Menschen, die von Gewalt betroffen sind. Bereits früh in der Legislatur konnte eine wichtige Verbesserung erreicht werden: Opfer häuslicher Gewalt ohne Schweizer Pass sollen ihren Aufenthaltsstatus künftig behalten können, auch wenn sie sich aus einer gewalttätigen Beziehung lösen. Damit wird ein strukturelles Abhängigkeitsverhältnis aufgebrochen, das Betroffene bisher zum Verbleib in Gewaltbeziehungen gezwungen hat.

Parallel dazu wurde deutlich, wie stark finanzpolitische Vorgaben die politische Arbeit prägen. Die Schuldenbremse verpflichtet Bund und Parlament dazu, Ausgaben strikt an die Einnahmen zu binden. In ihrer heutigen Auslegung führt das dazu, dass selbst in wirtschaftlich stabilen Zeiten kaum Spielraum für zusätzliche Investitionen besteht. Politisch wird dieser Spielraum durch bürgerliche Mehrheiten weiter eingeschränkt, indem Mittel gezielt umverteilt werden, etwa zugunsten von Armeeausgaben oder bestehenden Subventionsbereichen. Unter Druck geraten

dadurch insbesondere Bildung, internationale Zusammenarbeit und das Gesundheitswesen. Diese Konstellation zieht sich immer wieder durch zentrale Debatten.

Sozial- und Gesundheitspolitik

Das Jahr 2024 war stark geprägt von der Frage der Kaufkraft und der sozialen Sicherheit. Mit dem Ja zur 13. AHV-Rente wurde deutlich, wie gross der Druck auf viele Haushalte ist. Steigende Krankenkassenprämien, hohe Mieten und allgemeine Lebenshaltungskosten belasten breite Teile der Bevölkerung. Besonders betroffen sind Rentnerinnen und Rentner, Familien mit mittleren Einkommen sowie Alleinerziehende.

Diese Entwicklung wirkt sich unmittelbar auf die Gesundheit aus. Wer finanziell unter Druck steht, verzichtet häufiger auf medizinische Leistungen oder verschiebt notwendige Behandlungen. Das verschärft bestehende Ungleichheiten beim Zugang zur Versorgung und führt langfristig zu höheren Gesundheits- und volkswirtschaftlichen Kosten.

Im Parlament wurde diese Entwicklung insbesondere durch die SP wiederholt thematisiert. In der ausserordentlichen Session zur Armutsbekämpfung wurde erreicht, dass das nationale Programm weitergeführt und eine nationale Strategie erarbeitet wird. Die Ausgangslage ist klar: Hunderttausende Menschen leben in der Schweiz in Armut oder knapp über der Armutsschwelle. Das betrifft nicht nur Einkommen, sondern auch Bildungschancen, Wohnsituation und Gesundheitszustand.

Auch gesundheitspolitisch konnten zentrale Themen vorangebracht werden. Ein Vorstoss zur Versorgungssicherheit mit essenziellen und strategisch wichtigen Gütern wurde überwiesen. Die Schweiz ist in zentralen Bereichen stark vom Ausland abhängig, insbesondere bei Medikamenten und medizinischem Material. Lieferengpässe haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Diese Entwicklung stellt ein konkretes Risiko für die Versorgung und die Patientensicherheit dar und hat auch eine klare aussenpolitische Dimension.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen. Mein Postulat zur Bekämpfung von Gewalt gegen Gesundheitspersonal wurde an den Bundesrat überwiesen. Gewalt gehört für viele Fachpersonen zum Berufsalltag, insbesondere in Notfallstationen, der Psychiatrie oder im Rettungsdienst. Gleichzeitig fehlt es an einer systematischen Erfassung und an klaren, schweizweiten Schutzkonzepten. Auch mein Postulat zur Stärkung der Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung wurde angenommen. Eigenverantwortung kann nicht isoliert eingefordert werden. Sie setzt voraus, dass Menschen, unabhängig von Herkunft und Bildungsniveau, Zugang zu verständlichen Informationen haben und in einem System leben, das ihnen faire Voraussetzungen bietet.

Mit meiner Motion für einen nationalen Aktionsplan Frauengesundheit habe ich thematisch ein strukturelles Defizit aufgegriffen. Frauen sind im Gesundheitssystem nach wie vor benachteiligt, sei es in der Forschung, in der Diagnostik oder in der Versorgung. Krankheiten werden oft später erkannt oder anders behandelt, obwohl sie die Hälfte der Bevölkerung betreffen. Hier besteht dringend politischer Handlungsbedarf.

Auch migrationspolitische Entscheide haben direkte Auswirkungen auf Gesundheit und soziale Stabilität. Einschränkungen beim Familiennachzug standen wiederholt zur Diskussion. Diese betreffen grundlegende Rechte und haben konkrete Folgen für Integration, psychische Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Andererseits wurden wichtige industriepolitische Massnahmen beschlossen, etwa zur Unterstützung der Stahl- und Aluminiumindustrie. Für den Kanton Solothurn, insbesondere für den Standort Gerlafingen, ist dieser Entscheid von grosser Tragweite. Er sichert Arbeitsplätze, stärkt die Stahlindustrie in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Aussenpolitik und internationale Verantwortung

Neben der Gesundheitspolitik ist die Aussenpolitik ein wichtiger Pfeiler meiner Arbeit. Die Tätigkeit in der Aussenpolitischen Kommission öffnet die Augen dafür, wie stark die Schweiz mit ihrem internationalen Umfeld verflochten ist.

Die Europäische Union ist mit Abstand unser wichtigster Handelspartner. Ein grosser Teil unserer Arbeitsplätze, unserer Wertschöpfung und unserer Versorgung hängt von stabilen Beziehungen zu Europa ab. Die bilateralen Verträge bilden dafür die Grundlage. Ihre Weiterentwicklung im Rahmen der sogenannten Bilateralen III ist zentral, um Rechtssicherheit zu gewährleisten und den Marktzugang langfristig zu sichern.

Gleichzeitig verändert sich das internationale Umfeld grundlegend. Der Krieg in der Ukraine, die Konflikte im Nahen Osten und zunehmende geopolitische Spannungen verschieben Machtverhältnisse. Das Völkerrecht wird zunehmend missachtet, multilaterale Institutionen verlieren an Gewicht, und das Recht des Stärkeren setzt sich stärker durch.

Aussenpolitische Entwicklungen wirken direkt in die Innenpolitik der Schweiz hinein. Sie betreffen unsere Sicherheit, die Energieversorgung, die wirtschaftliche Stabilität und die internationale Zusammenarbeit.

In diesem Zusammenhang hat das Parlament die Neutralitätsinitiative klar zur Ablehnung empfohlen. Sie will eine starre Definition der Neutralität in der Verfassung verankern und damit den ausserpolitischen Handlungsspielraum der Schweiz deutlich einschränken. So würde die Schweiz daran gehindert, auf völkerrechtswidrige Angriffskriege zu reagieren, etwa durch die Übernahme von Sanktionen. Eine solche Einschränkung würde zu politischer Isolation führen und die Glaubwürdigkeit der Schweiz massiv untergraben.

Gleichzeitig wurde eine Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes beschlossen. Diese Entwicklung ist aus aussen- und sicherheitspolitischer Sicht hochproblematisch. Sie erhöht das Risiko, dass Schweizer

Rüstungsgüter in Konfliktregionen oder bei Akteuren landen, die Menschenrechte verletzen. Damit verliert die Schweiz an Glaubwürdigkeit und stellt ihre auf humanitären Werten basierende Politik infrage.

Auch technologische Entwicklungen gewinnen an Bedeutung. Digitale Infrastruktur wird zunehmend sicherheitsrelevant. Mit meiner Interpellation zur exportkontrollrechtlichen Erfassung von Cloud-Dienstleistungen habe ich eine bestehende Regulierungslücke angesprochen. In einer Zeit, in der Konflikte auch im digitalen Raum stattfinden, müssen die rechtlichen Instrumente mit der technologischen Entwicklung Schritt halten.

Fazit

Nach zwei Jahren ist die Ausrichtung klar. Und die Arbeit steht erst am Anfang.

Meine Schwerpunkte in der Gesundheits- und der Aussenpolitik greifen direkt ineinander. Die Qualität der Versorgung, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und die Kostenentwicklung hängen eng mit internationalen Beziehungen, wirtschaftlicher Stabilität und sicherheitspolitischen Entscheidungen zusammen.

Die Herausforderungen sind gross. Steigende Gesundheitskosten, zunehmender Druck auf das Personal und eine instabilere Weltlage verlangen nach klaren politischen Prioritäten und verlässlichen Lösungen.

Ich arbeite in Bern genau an diesen Schnittstellen und setze mich dafür ein, dass die Schweiz sozial, stabil und international handlungsfähig bleibt.

Ein besonderer Moment war der Dezember 2025 mit meiner Wahl zur 2. Vizepräsidentin des Nationalrats – ein Vertrauensbeweis, der auch für den Kanton Solothurn eine besondere Bedeutung hat.

Ich freue mich auf die kommenden Jahre im Vizepräsidium, und es wäre mir eine grosse Ehre, wenn Solothurn dank meiner Wahl nach 30 Jahren wieder einmal das Nationalratspräsidium stellen dürfte.



Farah Rummy nach der Wahl zur 2. Vizepräsidentin des Nationalrats mit Nationalratspräsident Pierre-André Page. Foto: Parlamentsdienste 3003 Bern/Carmela Odoni

Bericht aus dem Ständerat

Ständerätin Franziska Roth

«Sali, gäu mir hei zäme Tango tanzed!»

«Ahh... Du bisch doch d Nachfolgere vom Röbu Roth.»

So viel vorweg: Das Schönste an meiner Arbeit ist der Austausch mit den Menschen – mit ihren Meinungen, ihren Erfahrungen, ihren Fragen. Und wenn dabei auch noch gemeinsam gelacht werden kann, dann ist das für mich der schönste Beweis: Unsere Demokratie lebt.

In den letzten zwei Jahren wurde ich auf der Strasse immer wieder angesprochen. Manchmal hielten mich Leute für ihre frühere Tanzpartnerin, weil ich ihnen so bekannt vorkam, manchmal wurden Röbu und ich im Namen kurzerhand verschmolzen. Herrlich. (Mehr Anekdoten gibt es auf meiner Homepage.) Diese Begegnungen zeigen mir: Politik ist nie abstrakt. Sie ist persönlich.

Seit meiner Wahl in den Ständerat im Dezember 2023 darf ich den Kanton Solothurn im Bundeshaus vertreten. In den vergangenen zwei Jahren habe ich mich mit grossem Engagement für unsere sozialdemokratischen Werte eingesetzt: Solidarität, Chancengerechtigkeit, soziale Sicherheit und eine verantwortungsvolle Aussen- und Sicherheitspolitik.

Ich arbeite in der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK), der Aussenpolitischen Kommission (APK) sowie in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) mit. Dort bin ich zusätzlich Mitglied in zwei Subkommissionen EDA/VBS und EDI/UVEK. Zudem verrete ich die Schweiz im Europarat und bin dort Mitglied der Kommission für Rechtsfragen und Menschenrechte. Diese Kombination erlaubt es mir, sicherheits- und aussenpolitische Fragen mit einem klaren sozialpolitischen Kompass zu verbinden – und gleichzeitig die Arbeit von Bundesrat und Verwaltung kritisch zu begleiten.

Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe stärken

Ein zentrales Anliegen ist und bleibt für mich die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Ein besonderer Effort galt der Verbesserung im Bereich der familienergänzenden Betreuung. Beim Kita-Gesetz kämpfte ich dafür, dass Betreuungszulagen für Kinder mit Behinderungen realitätsnah ausgestaltet werden. Familien mit erhöhtem Betreuungsbedarf dürfen nicht benachteiligt werden – echte Gleichstellung braucht auch faire finanzielle Rahmenbedingungen.

Auch darüber hinaus war es mir wichtig, Menschen mit Behinderungen stärker in den Fokus zu rücken. In verschiedenen parlamentarischen Vorstössen und Debatten setzte ich mich für bessere Datengrundlagen, mehr Sichtbarkeit und verbindliche Massnahmen zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ein. Inklusion ist kein Randthema, sondern ein Gradmesser für die Qualität unserer Demokratie.

Verantwortung in der Sicherheitspolitik

In der Sicherheitspolitik standen in den letzten Jahren zentrale Weichenstellungen an – insbesondere im Zusammenhang mit der Revision des Kriegsmaterialgesetzes. Für mich war klar:

Die ganze Revision wurde eigentlich gestartet, um der Ukraine zu helfen. Aus der Koalition der Willigen, der auch die SP angehörte, haben sich dann einige Bürgerliche verabschiedet und sind auf den Zug der SVP aufgesprungen – einen Zug, der direkt im Sackbahnhof vor der Grenze zur EU endet. Die inhaltlich fahrlässig gestaltete Öffnung hilft nachweislich – wie vom Bundesrat mehrfach bestätigt – der Ukraine nicht. Das vermeintliche Damoklesschwert «Neutralitätsinitiative» hat der Mehrheit Angst vor dem eigenen Mut gemacht. Dabei würde dieses stumpfe Schwert ins Leere fallen und uns nicht den Kopf kosten. Dafür hat die Mehrheit nun mit ihrem Entscheid die Büchse der Pandora geöffnet. Und aus ihr schießen Pfeile in unser Herz, denn das zwingende Völkerrecht,

das Herzstück für Frieden und Sicherheit, wird preisgegeben. Dagegen ergreifen wir das Referendum.

Ich habe mich für eine Sicherheitspolitik eingesetzt, die Verantwortung übernimmt – gegenüber der Bevölkerung, gegenüber internationalen Partnern und gegenüber dem Völkerrecht.

Aussenpolitik mit humanitärem Kompass

Die Schweiz hat als neutrales Land eine besondere Rolle – aber Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit. Sie verpflichtet uns, uns für Frieden, Dialog und humanitäre Hilfe einzusetzen.

In Debatten zu internationalen Konflikten habe ich betont, dass unsere Politik kohärent sein muss: Wer sich auf humanitäre Tradition beruft, muss diese auch konsequent leben.

Aussenpolitisch steht ein kooperatives und starkes partnerschaftliches Verhältnis zur EU in meinem Fokus. Einerseits verteidigt die EU Demokratie, Rechtsstaat, Völkerrecht und die Macht des Friedens. Die Schweiz muss diese Werte aktiv mittragen. Andererseits ist und bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner. Mit den Bilateralen III sollen die guten und engen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit der EU auf eine sichere und langfristige Grundlage gestellt und neue Abkommen abgeschlossen werden. Dafür setze ich mich weiterhin ein.

Nähe zum Kanton: Tour d'économie und zahlreiche Besuche

Neben der parlamentarischen Arbeit in Bern war mir der direkte Austausch im Kanton Solothurn besonders wichtig. Mit meiner Tour d'économie habe ich in den vergangenen Jahren zahlreiche Unternehmen im ganzen Kanton besucht – vom Handwerksbetrieb über Industrieunternehmen bis zu innovativen Start-ups.

Diese Gespräche mit Unternehmer:innen und Mitarbeitenden geben mir wertvolle Einblicke in ihre Herausforderungen: Fachkräftemangel, Energiepreise, Bürokratie, Digitalisierung. Der direkte Dialog hilft mir, wirtschaftspolitische Fragen differenziert anzugehen und Lösungen zu unterstützen, die KMU stärken und gleichzeitig sozial ausgewogen sind.

Darüber hinaus habe ich soziale Institutionen, kulturelle Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen besucht. Diese Begegnungen zeigen mir immer wieder, wie vielfältig und engagiert unser Kanton ist – und wie wichtig gute politische Rahmenbedingungen sind.

Ausblick 2026

Nach zwei Jahren im Amt bin ich – dankbar. Dankbar für das Vertrauen der Bevölkerung, für die Unterstützung durch die SP Solothurn und für die vielen Gespräche im Kanton, die mich stärken.

Ich gehe mit Überzeugung an die weitere Arbeit. Die Herausforderungen bleiben gross – gesellschaftlich, sicherheitspolitisch, wirtschaftlich. Aber ich bin motiviert, weiterhin mit Herz, Verstand und Ausdauer für eine solidarische, gerechte und zukunftsfähige Schweiz einzustehen.

Die Arbeit im Bundeshaus ist Teamarbeit. Und ich weiss: Ich stehe dort nicht allein – ich vertrete euch, unsere Werte und unseren Kanton.

Bericht des Wahlausschusses

Peter Moor, Präsident Wahlausschuss Wahlen 2025

Letztlich zählt das Resultat: Mit dem Gewinn des zweiten Sitzes im Regierungsrat und eines zusätzlichen Sitzes im Kantonsrat wurden die Erwartungen übertroffen. Nach der Ständeratswahl 2023 zeigte sich erneut, dass die SP in den Majorzwahlen weit über ihr eigentliches Potenzial hinaus Stimmen holt. Bei genauerer Betrachtung müssen uns jedoch einerseits der starke Zuwachs der SVP, andererseits der leichte Rückgang unseres Wähler:innen-Anteils auf kantonaler Ebene beunruhigen.

Organisatorisch hat es sich bewährt, den Wahlausschuss aus den nationalen Wahlen 2023 praktisch nahtlos weiterzuführen. Dieser traf sich zu 19 Sitzungen, mehrheitlich online, dazwischen regelmässig im Sekretariat in Solothurn. Sämtliche Amtei-/Bezirksparteien sowie beide Jungparteien haben Vertretungen delegiert, was eine sehr inspirierte und konstruktive Arbeit ermöglichte. Viele Ideen stiessen allerdings an Grenzen, indem entweder das Geld oder das (Miliz-)Personal für die Umsetzung fehlte.

Wie schon bei den nationalen Wahlen 2023 war die Mittelaufteilung zwischen der Proporz- und der Majorzwahl wiederkehrend ein Thema, wobei erneut das Resultat den gewählten Weg bestätigt.

Der Entscheid, mit einem komplett neugestalteten, für alle Amteien im Grundsatz identischen Prospekt anzutreten, hat sich als richtig herausgestellt. Es gab genügend Platz für inhaltliche Aussagen, aufgeteilt auf kantonale und (unterschiedliche) regionale Themen. Rückblickend war die Platzaufteilung zwischen der politischen Aussage und den persönlichen Angaben der Kandidierenden etwas zu einseitig auf die Statements ausgerichtet.

Positiv war die Weiterführung des grafischen Auftritts aus den Wahlen 2023, was zu einer hohen Erkennbarkeit sowohl im Prospekt als auch in allen anderen analogen und digitalen Formaten führte.

Physische Anlässe haben den Wahlkampf gestärkt. Interne Anlässe wie der Startanlass zur «heissen Phase», aber auch die Schulungsanlässe haben dazu geführt, dass die Kandidierenden sowohl auf Amtei- als auch auf kantonaler Ebene verstärkt als Team aufgetreten sind. In dieser Richtung dürfte noch mehr unternommen werden: Frühere Schulungsanlässe, externe Schwerpunktanlässe in den Amteien unter Einbezug der Regierungsratskandidierenden.

Im digitalen Bereich haben wir nach wie vor Nachholbedarf. Eine gute Webseite genügt nicht; sowohl kollektiv als auch individuell müssen wir Mittel und Wissen aufbauen, um jüngere Kreise dort anzusprechen, wo sie sich medial bewegen.

Die Basiskampagne wurde gegenüber den Wahlen 2023 verschlankt und um zwei Elemente ergänzt: SMS-Versände und Postkartenaktionen, was dazu geführt hat, dass sich auch Kandidierende aktiv beteiligen konnten, die ungern telefonieren. Eine engere Koordination zwischen Wahlausschuss und Campaignern ist anzustreben.

Mitglieder Wahlausschuss 2024/25:

Christine Bigolin (Bucheggberg), Thomas Jeker (Thal-Gäu), Beda Küttel (Junge SP Region Olten), Aline Leimann (Wasseramt), Andri Meyer (Juso), **Peter Moor (Olten-Gösgen, Präsident)**, Stephan Oser (Dorneck-Thierstein), Daniel Weibel (Solothurn-Lebern), Niels Kruse (Parteisekretär)

Bericht des Parteisekretariats

Niels Kruse, Parteisekretär

Die Berichtsperiode stand ganz im Zeichen der anstehenden Kantonsratswahlen und der Kampagne für unsere Mindestlohn-Initiative. Das Seki-Team stellte dabei folgende drei Punkte in den Vordergrund: eine noch stärkere Kampagnenfähigkeit, eine bessere digitale Infrastruktur und die Weiterentwicklung unseres Angebots für Sektionen.

Die Sozialdemokratische Partei ist die stärkste und meist einzige Organisation im Kanton Solothurn, die kantonale Kampagnen von Anfang bis Ende gestalten kann. Dieser Umstand erfüllt uns mit Stolz, ist leider aber auch ein Zeichen der angespannten Ressourcen, die im Kanton Solothurn für linke Politik zur Verfügung stehen. Für das Sekretariat stand deshalb im Vordergrund, unsere beschränkten Mittel noch besser einzusetzen. Dazu gehören die Aufrechterhaltung eines grossen Netzes an freiwilligen Plakathelfenden, die Auslieferung von Plakaten an einzelne Aktivist:innen und die immer stärkere Nutzung von Social Media. Erfreulich ist: Mit der Übernahme des Sekretariats des Gewerkschaftsbundes im Mandat konnten wir den Gewerkschaftsbund bei Abstimmungskampagnen bereits besser einbinden und damit die Schlagkraft für gewerkschaftliche und soziale Anliegen erhöhen. Die hohe Kampagnenfähigkeit der SP Kanton Solothurn fand in zwei Bereichen ganz besonders ihren Niederschlag: Bei den Kantonsratswahlen mit einem Sitzgewinn und der Eroberung des zweiten Regierungsratssitzes sowie mit dem eindrücklichen Endspurt für unsere Mindestlohn-Initiative an der Urne zwei Monate zuvor.

Mit der neuen Website, die zusammen mit der SP Schweiz eingeführt wurde, stehen der Kantonalpartei viele neue Instrumente zur Verfügung, um im digitalen Bereich Kampagnen und Petitionen zu lancieren. Im Sekretariat konnte mit der Einrichtung eines kleinen Videostudios die Produktion von politischen Inhalten für Social Media deutlich erhöht werden, sichtbar an den Videos für Mathias Stricker im Regierungsratswahlkampf sowie bei den Abstimmungen zum Kita-Gesetz und zur SRG-Initiative. Dank dem besonderen Einsatz unserer Co-Fraktionschefin Melina Aletti

und von Peter Moor, Mitglied aus Olten, wurde ein neues Newsletter-Tool eingeführt und wird seit Sommer 2025 regelmässig ein Kantonsrats-Newsletter verschickt.

In einer Zeit, in der freiwilliges, ehrenamtliches Engagement abnimmt, stehen für das Seki-Team Projekte zur Stärkung der Sektionen im Zentrum. Die SP Kanton Solothurn war zusammen mit den Sektionen SP Grenchen und SP Dornach Teil eines Pilotprojektes der SP Schweiz zur Sektionenstärkung. Die Sektionenstärkungs-Projekte sollen jetzt vom kantonalen Sekretariat weitergeführt und für andere Sektionen angeboten werden. Zudem wurde im Januar 2026, das erste Mal seit 10 Jahren, wieder ein gutbesuchter Sektionen-Treff organisiert, ein Anlass, der in Zukunft wieder regelmässiger stattfinden soll.



Das Seki-Team Fabian Müller und Niels Kruse während der Kampagne für die SP-Prämien-Initiative

Für das Parteisekretariat
Niels Kruse

Mindestlohn-Initiative

Fabian Müller, Parteisekretär

Initiativprojekt der SP Kanton Solothurn – Mindestlohn-Initiative – Mindestens 23 Franken, nichts als fair!

Die Mindestlohn-Initiative der SP Kanton Solothurn wurde von einem breiten Bündnis aus SP, Gewerkschaften und Jungparteien lanciert und am 27. März 2023 nach erfolgreicher Unterschriftensammlung eingereicht. Insgesamt wurden rund 3740 gültige Unterschriften gesammelt, womit wir das erforderliche Quorum deutlich übertrafen. Die Initiative verlangte einen kantonalen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde mit dem Ziel, Lohndumping zu bekämpfen und die Kaufkraft zu stärken.

Der Regierungsrat lehnte die Initiative in seiner Botschaft vom 19. März 2024 an den Kantonsrat ab.

Auch im Kantonsrat fand die Vorlage keine Mehrheit, worauf sie ohne Gegenvorschlag vors Volk kam. In der Abstimmungskampagne engagierte sich die SP mit auffälligen und klare Botschaften transportierenden Plakaten im ganzen Kanton. Mit unzähligen Flyerverteilkaktionen an Bahnhöfen und Märkten wurde die Bevölkerung direkt angesprochen. Besonders eindrücklich war das ausserordentliche Engagement unserer Basis: Mit viel Herzblut, Überzeugungskraft und unermüdlichem Einsatz haben sich zahlreiche Mitglieder während Wochen für die Initiative stark gemacht. Dieser gemeinsame Einsatz hat nicht nur die Sichtbarkeit des Anliegens erheblich erhöht, sondern auch den Zusammenhalt innerhalb der Partei gestärkt. Dafür gebührt allen Beteiligten ein grosser und herzlicher Dank.

Bei der Volksabstimmung vom 9. Februar 2025 wurde die Initiative leider mit rund 58 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Trotz der Niederlage wird sich die SP weiterhin für die Verbesserung der Löhne im Tieflohnbereich einsetzen.



Plakate der Vorkampagne mit Kandidierenden der Kantonsratswahlen im März 2025



Plakate der Hauptkampagne mit 4 Sujets (2 Männer, 2 Frauen in unterschiedlichen Berufen)

Mitgliederentwicklung

Stand per 31.12. des jeweiligen Jahres

Jahr	Mitglieder	Differenz zum Stichtag des Vorjahres
2013	1919	0
2014	1892	-27
2015	1864	-28
2016	1865	+1
2017	1852	-13
2018	1823	-29
2019	1804	-19
2020	1845	+41
2021	1889	+44
2022	1778	-111
2023	1741	-37
2024	1769	+28
2025	1798	+29

Medienmitteilungen

Die Kantonalpartei hat im Berichtszeitraum 38 Medienmitteilungen verschickt (abrufbar unter: <https://sp-so.ch/artikel-kanal/medienmitteilungen/>)

2024: 17 / 2025: 17 / 2026: 4

Parteitage

Die Protokolle der Parteitage sind auf der Homepage einsehbar (abrufbar unter: <https://sp-so.ch/aktuelles/parteitage/>)

Es fanden folgende Parteitage statt:

2024

22. Januar: Kantonaler Parteitag im Kino Koni in Olten

2. Mai: Ordentlicher Parteitag im reformierten Kirchgemeindehaus in Hägendorf

24. August: Kantonaler Parteitag mit Workshops am Morgen im Saalbau Bad in Derendingen

23. Oktober: Kantonaler Parteitag in der Pisoni-Turnhalle in Zuchwil

2025

10. März: Kantonaler Parteitag im Alten Spital in Solothurn

14. April: Kantonaler Parteitag im Eusebiushof in Grenchen

18. August: Kantonaler Parteitag in der Alten Turnhalle in Luterbach

18. Oktober: Kantonaler Parteitag mit Workshops am Morgen im Gemeindehaus in Erlinsbach

2026

28. Januar: Kantonaler Parteitag im Hotel Olten in Olten

Anlässe

Aktuell aus Bern mit Franziska Roth und Farah Romy

2024

7. März in Gerlafingen

Neu soll dieses Format ab 2026 umgewandelt werden zu einem «Aktuell in Bern», einem Besuch mit Führung und Apéro im Bundeshaus. Der Start ist für die Sommersession 2026 vorgesehen.

Willi Ritschard Bildungswerkstatt (WRB)

- Nr. 50 «Die Zukunft Europas/ der EU angesichts der neuen Weltunordnung?» Jubiläums-Werkstatt am 6./14. Februar im Historischen Museum Olten zusammen mit der Ausstellung «Willi Ritschard» und «Sozial&sicher».
- Nr. 49 «Was können/sollen/müssen wir anders oder besser machen, um unsere Potentiale auszuschöpfen?» am 7./15. November in Grenchen
- Nr. 48 «Die Erosion der Grundlagen der Demokratie, die sie selbst nicht schaffen kann» am 29. August und 6. September in Olten und St. Ursanne
- Nr. 47 «Europa/EU: Wie weiter?» am 2./10. Mai in Mariastein und Olten
- Nr. 46 «Limitarismus: Wie viel Ungleichheit schadet der Gemeinschaft?» am 31. Januar und 8. Februar in Solothurn
- Nr. 45 «Geschichte und Gegenwart des Journalismus: Ein weiterer Pfeiler der Demokratie, der wankt.» am 1./9. November in Olten
- Nr. 44 «Europa: Wie weiter?» am 6./14. September in Grenchen
- Nr. 43 «Demokratie-Dämmerung» 2. Teil am 31. Mai und 8. Juni in der Alpwirtschaft Vordere Schmiedenmatte im Jura
- Nr. 42 «Demokratie-Dämmerung» 1. Teil am 15./23. März in Grenchen

Ausserdem veröffentlichte die Willi Ritschard Bildungswerkstatt das Programmpapier «Wie lässt sich Demokratie regenerieren» und einen Artikel im «Links SO» unter dem Titel «Wie können wir als SP unsere Potentiale besser ausschöpfen?».

Alle Dokumente von der 1. bis zur 50. Werkstatt können unter www.sp-so.ch/wrb eingesehen/heruntergeladen werden.

Geschäftsleitung

Im Jahr 2024 wurden 6 GL-Sitzungen durchgeführt, 2025 deren 8 und 2026 bisher 2.

Die Geschäftsleitung setzt sich zu Ende der Berichtsperiode wie folgt zusammen:

Geschäftsleitung (Stand 1. April 2026): Angela Petiti (Co-Präsidentin), Hardy Jäggi (Co-Präsident), , Melina Aletti (Co-Fraktionspräsidium), Silvia Fröhlicher (Co-Fraktionspräsidium), Susanne Schaffner (Regierungsrätin), Mathias Stricker (Regierungsrat), Franziska Roth (Ständerätin), Farah Rummy (Nationalrätin), Nicole Wyss (Th-G), Aline Leimann (Bezirk Wasseramt), Matthias Racine (Bezirk Bucheggberg), Dario Grolimund (OL-G, Junge SP), Urs Huber (OL-G), Stefan Oser (Do-Th), Leo Valentin Hug (JUSO), Sutha Ganapathipillai (SP Migrant:innen), Nicole Schüpbach (SP Frauen)

Rechnungsprüfungskommission:

Thomas Marbet, Simon Bürki, Frank Schubert.

Thomas Marbet tritt nach vielen Jahren in der RPK zurück. Wir danken ihm für seinen langjährigen Einsatz von ganzem Herzen.

Delegierte im Parteirat der SP Schweiz:

Urs Huber und Angela Petiti

KoDE:

Die SP Schweiz veranstaltet viermal im Jahr ein Koordinationstreffen Deutschschweiz, zum Teil verbunden mit Schulungen. Niels Kruse vertrat dabei die SP Kanton Solothurn.

Vernehmlassungen

2024

- 31.12 «Stellvertretung im Kantonsrat bei Mutterschaft»
- 19.11 «Totalrevision Waldgesetz»
- 31.8 «Teilrevision des Fischereigesetzes»
- 31.8 «Gesetz über die Auslagerung von Informatikdienstleistungen»
- 31.7 «Teilrevision Wirtschafts- und Arbeitsgesetz»
- 19.7 «Änderung des Gesetzes über den Ausgleich raumplanungsbedingter Vor- und Nachteile»
- 5.7 «Totalrevision des Gesetzes über die Motorfahrzeug- und Schiffssteuer»
- 10.6 «Änderung des Sozialgesetzes: Familienergänzende Kinderbetreuung»
- 12.5 «Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden»
- 30.4 «Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern 2024 und 2025»

2025

- 23.12 «Anpassungen bei der Zustellung von Verfügungen und Entscheiden»
- 26.11 «Bedarfsanalyse und Angebotsplanung 2030 über die ambulanten und stationären Angebote für erwachsene Menschen mit Behinderungen»
- 3.11. «Optimierungen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts»
- 2.7. «Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG); Selbstbestimmung am Lebensende in Pflegeheimen»

2026

- 24.2. «Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes (InfoDG) und weiterer Gesetze»
- 21.1. «Schaffung der gesetzlichen Grundlage zur Einführung der Formularpflicht bei neuen Mietverträgen»

Weitere Infos

www.sp-so.ch / www.wrb-so.ch / www.facebook.com/spsolothurn / www.instagram.com/spsolothurn / www.youtube.com/user/SPSolothurn

Impressum:

Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn

Konzeption: Niels Kruse, Parteisekretär

Fotos: Michel Lüthi, Niels Kruse, Gerd Müller, unbekannt

Autor:innen: ohne Angabe: Niels Kruse

1. Auflage: 10 Exemplare

Papier: gedruckt auf Blauem Engel Recycling-Papier